



**Stadt Biel
Ville de Bienne**

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

11. Stadtratsprotokoll / 11^e procès-verbal du Conseil de ville

**Sitzung vom Donnerstag, 24. Juni 2021, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 24 juin 2021 à 18h00**

**Ort: Kongresshaus Biel, Konzertsaal
Lieu: Palais des Congrès, salle de concert**

Anwesend / Présents:

Augsburger-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Cuixeres Manon, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Iseli Isabelle, Kilezi Ruth, Kohler Silja, Koller Levin, Lehmann Caroline, Liechti Kathleen, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Roth Myriam, Rüber Stefan, Schaffter Gaël, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stettler Urs, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strobel Gianna, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, Trafelet Salome, Vlaiculescu-Graf Christiane, Vouillamoz Naomi, Wächter Olivier, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Akamba Frédérica, Halter Marisa, Leuenberger Bernhard, Morandi Marcel, van der Meer Marion, Wendling Cécile

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich
Gemeinderätinnen/Gemeinderat Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

129. 20210165 Verkehrsbetriebe Biel (VB) - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2020	399
130. 20210137 Leistungscontrolling 2020 Parking Biel AG	401
131. Dringliche überparteiliche Motion 20210045, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Roth Myriam, «Dringende Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen»	403
• Ordnungsantrag.....	405
132. Dringliches Postulat 20210047, De Maddalena Daniela, Grüne, «Korrektur Linienführung Bus im Geyisried, Quartier Mett»	409
133. Dringliches überparteiliches Postulat 20210046, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Roth Myriam, Grüne, Liechti Kathleen, EVP, «Coronabedingte Armut vermeiden durch gute Kommunikation»	411
134. Überparteiliche Motion 20200363, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Sprenger Titus, Passerelle, Augsburger-Brom Dana, Passerelle, Heiniger Peter, PdA, Roth Myriam, Grüne, Tanner Anna, SP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Rebetez Maurice, PSR, «Citycard für alle in Biel Lebenden einführen»	412
135. Persönliche Erklärungen	418
136. Motion 20200362, Scheuss Urs, Grüne, «Laubbläserei und -saugerei»	419
137. Überparteiliche Motion 20200364, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Sprenger Titus, Passerelle, Augsburger-Brom Dana, Passerelle, Heiniger Peter, PdA, «Einsetzen einer ständigen Finanzkommission des Stadtrates»	420
138. Postulat 20200365, Scheuss Urs, Grüne, «Die Stadt Biel wird Fair Trade Town».....	424
139. Postulat 20200367, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Umgang mit illegalen Landnahmen auf Stadtgebiet»	426
140. Postulat 20200366, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «Baustellen - für zu Fussgehende viel zu oft ein Absteller»	427
141. Postulat 20200410, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «Nachhaltige Weihnachten in Biel»	428
142. Überparteiliches Postulat 20200412, Koller Levin, JUSO, Steinmann Alfred, SP, Briechle Dennis, GLP, Scheuss Urs, Grüne, Tennenbaum Ruth, Passerelle, «Eine velofreundliche Nord- und Südachse»	429
143. Postulat 20200409, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «Biel wird zur Transportvelo-Stadt»	430
144. Postulat 20200411, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «Neues Regime beim Winterdienst»	431
145. Interpellation 20200368, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «Digitalisierungsstrategie»	432
146. Überparteiliche Interpellation 20200413, Cadetg Leonhard, FDP (Gugger Reto, BDP, Gerber Andreas, FDP), «Winternutzung von Turnhallen durch Sportvereine»	432
147. Neueingänge.....	433

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich heisse Sie herzlich willkommen zur heutigen Sitzung und danke Ihnen für die engagierte gestrige Debatte. Ich hoffe, dass wir heute in der gleichen, speditiven Art fortfahren können, sodass der Stadtrat seine Arbeit nach der Sommerpause nicht mit allzu vielen Überträgen wieder aufnehmen können wird. Je nach Stand der Debatte denke ich, dass wir um ungefähr 20.00 Uhr eine Pause von einer Stunde machen können.

Auf Ihren Tischen finden Sie folgende Unterlagen:

- Bieler Jahrbuch 2020
- Jubiläumsbroschüre der CTS SA.

Der Stadtpräsident wünscht das Wort.

Fehr Erich, maire: Afin d'économiser des frais d'envoi et dans l'idée de vous donner de la lecture durant les vacances, vous trouvez sur vos tables les Annales biennoises 2020. Le vernissage aura lieu le 29 juin 2021. Bonne lecture!

129. 20210165 Verkehrsbetriebe Biel (VB) - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2020

Scheuss Urs, GPK: Wie Sie feststellen konnten, sind auch Geschäftsbericht und Rechnung der Verkehrsbetriebe Biel (VB) erstmals nur online verfügbar, wie auch der Geschäftsbericht der CTS oder, schon länger, jener der Stadtverwaltung. Dies dürfte eine Folge davon sein, dass der Druck der sehr umfangreichen Dokumente aus ökologischen Gründen beanstandet wurde. Der vorliegende Bericht ist gut lesbar und enthält sehr interessante und lebensnahe Texte, die das vergangene Jahr exemplarisch wiedergeben. Nun zu den Punkten, die ich als «Jahreshighlights» der VB bezeichnen würde:

Langfristig von erheblicher Bedeutung ist sicher die Umsetzung der 2. Etappe des Angebotskonzeptes. Die Umsetzung erfolgte abgesehen von einzelnen Misstönen gut. Dazu ist heute Abend die Behandlung eines Vorstosses traktandiert (Dringliches Postulat 20210047, «Korrektur Linienführung Bus im Geyisried, Quartier Mett»).

Die VB waren, wie viele andere Unternehmen auch, von der Pandemie direkt und stark betroffen. Im öffentlichen Verkehr (ÖV) treffen sich normalerweise viele Menschen auf engem Raum, was genau in einer Pandemiesituation vermieden werden muss. In einer ersten Phase betrug der Rückgang der Passagierzahlen 75%. Demgegenüber gingen die Einnahmen aber «nur» um etwas mehr als 50% zurück, weil die Kundschaft den VB mittels ihrer Abonnemente treu blieb. Für die VB und deren Personal war es aber eine sehr anspruchsvolle und schwierige Zeit. Ein grosser Dank geht daher an all jene, welche dieses für die Stadt Biel so wichtige Angebot ermöglichen. Ein weiterer spezieller Dank geht an den abtretenden Direktor Christoph Kneuss, der das Unternehmen nach rund 25 Jahren verlässt. Viel Erfolg und einen guten Start schliesslich auch der neuen Direktorin Christine Maier!

Das immer wieder im Jahresbericht aufgebrachte Thema «Ökologie» ist für die VB als öffentliches Verkehrsunternehmen eine besondere Herausforderung. Ein «Highlight»

dazu ist der Betrieb der Magglingenbahn und das damit zusammenhängende internationale Leuchtturmprojekt mit einer Kombination aus Solarstrom und Rückgewinnung der Bremsenergie. Der Nachhaltigkeitsbericht der VB hält andererseits fest, dass der CO₂-Ausstoss konstant bleibt, vor allem aber nicht zurückgeht. In den nächsten Jahren wird eine Besserung in Aussicht gestellt. Die GPK dankt den VB, deren Personal und dem abtretenden Direktor für die geleistete Arbeit und wünscht viel Erfolg und mehr Betrieb in diesem Jahr.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR n'a pas beaucoup de remarques mais il faut tout de même souligner que les TPB emploient, à fin 2020, seulement 21% de femmes et que seulement 24 des 243 postes sont à temps partiel. Une société plus égalitaire et juste implique une meilleure acceptation et application du temps partiel, mais aussi une meilleure répartition des postes entre les genres. Ainsi, le Groupe PSR ne peut qu'encourager les TPB à engager davantage de femmes et améliorer sa politique par rapport au temps partiel. Nous remercions les TPB pour leurs services apportés durant cette année 2020 qui a été particulièrement bouleversée et qui a bouleversé leur organisation entière.

Fehr Erich, Stadtpräsident: 2020 war ein schwieriges Jahr nicht nur für die VB, sondern auch für den gesamten ÖV. Bei allem Verständnis war ich mit der Kommunikation des Bundes zu den Gesundheitsschutzmassnahmen für den ÖV überhaupt nicht zufrieden. Es wurde der Eindruck erweckt, dass Busse und Züge wahre Virenschleudern sind. Das stimmt so nicht. Der grosse Fehler war, dass die zuständigen Bundesbehörden die sogenannten «Systemführer» SBB und Postauto angewiesen haben, der Bevölkerung zu empfehlen, den ÖV nicht zu benutzen. Das war fatal, wird noch eine Weile nachwirken und führt ausserdem zu mehr Autoverkehr. Meiner Meinung nach hätte die Bundesverwaltung eine Warnung aussprechen sollen und die Branche hätte aufzeigen müssen, welche Massnahmen sie zum Schutz ihrer Passagiere ergreift. Über zwei Monate lang wurde beim Öffnen der SBB-App jeweils dazu aufgefordert, Zugfahrten zu vermeiden. Das war ein Fehler und schadete dem ÖV. Schliesslich ist der ÖV das einzige Transportmittel, um viele Leute auf kleinem Raum in kurzer Zeit von A nach B zu bringen. Als Verwaltungsratspräsident der VB und, wie Sie ja alle wissen, bekennender ÖV-Fan fand ich die Kommunikation schlecht und für den nachhaltigen Verkehr gar schädlich.

Die VB haben 2020 das getan, was möglich war. Sie passten das Fahrplanangebot an und schützten ihre Mitarbeitenden. Mit den zunehmenden Lockerungen der Pandemiemassnahmen wurde das Angebot wieder hochgefahren. Während der 2. Pandemiewelle wurde der Fahrplan nicht mehr eingeschränkt. Einzig das Nachtangebot wurde aufgrund der Schliessungen der Nachtlokale eingestellt. Mit der Wiedereröffnung der Nachtklubs wird das Nachtangebot nun aber wieder hochgefahren und die Maskenpflicht wird zunehmend gelockert. Die VB als Unternehmung ist insgesamt gut unterwegs. Morgen Freitag, 25. Juni 2021 wird die Ladestation an der Haltestelle Schulhaus Linde eingeweiht. Seit ein paar Tagen verkehren die beiden Elektrobusse auf der Linie 9. Mit dem Fahrplanwechsel ist es mit Ausnahme der Linie 2 (für welche die Fahrleitungen noch fehlen) gelungen, alle längeren Linien mit höherem Passagieraufkommen auf Elektroantrieb umzustellen. Die Linie 1 fährt ausschliesslich unter Fahrdraht. Die Linien 3 und 4 fahren gewisse Teilstrecken ohne Fahrdraht, verkehren jedoch auch ohne Fahrleitung mit Strom. Die älteren Trolleybusse fahren ohne Fahrleitungen noch mit lautem Dieselmotor, was den Fahrkomfort massiv reduziert. Die Linien mit hohem Passagieraufkommen werden

jedoch nicht mehr mit Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor betrieben. Über die Innovation bei der Magglingenbahn hat bereits der GPK-Sprecher informiert. Die VB haben betreffend Ökologie einen wichtigen Schritt nach vorne getan. Gleichzeitig wurde die Netzerschliessung optimiert. Das verbesserte Angebot soll die Nutzungszahlen erhöhen. Nach dem Pandemiejahr 2020 verfügen die VB über keinerlei Reserven für irgendwelche weiteren Abenteuer. Bereits vor der Pandemie war es mit den bundesrechtlichen Vorschriften schwierig, Überschüsse für Innovationen einzusetzen, und im Geschäftsjahr 2020 wurden die Überschüsse vollständig aufgebraucht. Der Verwaltungsrat geht davon aus, dass eine Abgeltung von Kanton respektive Bund für 2021 notwendig sein wird um die finanzielle Lage zu stabilisieren.

Quant au personnel, Madame Moeschler, les TPB ont, depuis le 1er janvier 2021, une directrice, à l'instar de la CTS. Il s'agit donc d'une deuxième grande entreprise municipale qui est gérée par une femme. Le nombre de femmes augmente aussi. Si vous regardez un peu les cockpits de nos bus, vous y verrez de plus en plus de femmes. A ma connaissance, ce n'est pas dû aux modèles de travail offert, car on peut choisir entre différents modèles et travailler seulement la semaine ou alors seulement le weekend ou en service de nuit. Ces modèles amènent forcément à du temps partiel et ont d'ailleurs été élaborés entre le chef d'exploitation et les syndicats. En ce sens, je pense qu'il s'agit uniquement d'une question de temps et du renouvellement du personnel roulant. Je suis très content que cette entreprise soit chapeautée par une femme et surtout par une femme compétente.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 26. Mai 2021 und gestützt auf Art. 12 Abs. 3 des Reglements über die Gründung des selbständigen Gemeindeunternehmens Verkehrsbetriebe Biel vom 26. November 2000 (SGR 7.6-6):

Von der Jahresrechnung (inklusive Bericht Revisionsstelle) und dem Geschäfts- und Finanzbericht 2020 der Verkehrsbetriebe Biel (VB) wird **Kenntnis genommen**.

130. 20210137 Leistungscontrolling 2020 Parking Biel AG

Torriani Isabelle, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion (CDG) remercie la Direction des finances pour son rapport. En 2020, un nouveau contrat de bail a été élaboré pour les trois parkings de la Gare, de la Vieille Ville et de l'Esplanade. Suite à un appel d'offres public, la Société APCOA S.A. a été retenue pour la gestion de ces parkings. Depuis le 1^{er} juillet 2020, APCOA a versé un loyer ferme de 2'750'000 fr. par an à la société Parking Bienne S.A. Étant donné que ces nouvelles conditions sont entrées en vigueur au milieu de l'année, APCOA a versé une part de loyer ferme et une part de loyer dépendant du chiffre d'affaires, puis un loyer ferme de 1'375'000 fr. entre le 1^{er} juillet et le 31 décembre 2020. L'arrêt des activités provoqué par la pandémie a aussi eu des conséquences sur les chiffres d'affaires générés par les parkings. Ceux-ci ont fortement baissé en raison de la mobilité réduite de la population. Les recettes ont reculé d'environ 16% par rapport à l'année précédente. Selon la décision du Conseil d'administration de Parking Bienne S.A., une rectification

de 275'000 fr. sur la valeur du loyer ferme a été effectuée (20% du loyer ferme de 1'375'000 fr pour la période de juillet à décembre 2020). Pour l'instant, l'ensemble des montants demandés a été versé. L'exercice 2020 boucle sur un bénéfice net de 229'127.87 fr. (année précédente: 266'437.57 fr.) Les produits d'exploitation se composent des loyers de la société APCOA S.A. ainsi que des recettes de loyers des différents baux conclus pour le bâtiment de tête du Parking de la Gare. Ce complexe est entièrement loué. Les bénéfices de la station-vélo ont été attribués au financement spécial «Transports publics» qui avait précisément permis de financer la station-vélo.

En 2020, les frais d'entretien ont baissé de 327'069 fr. pour atteindre 63'937.90 fr. (année précédente: 391'007.30 fr.) Cette différence s'explique par le fait qu'en 2019, il avait fallu remplacer l'éclairage du Parking de la Gare, ce qui avait coûté 361'364 fr. à la société Parking Bienne S.A. Les mesures prises par la Confédération en lien avec la pandémie auront encore des répercussions sur les chiffres d'affaires des parkings biennois en 2021. Le comportement de la population a changé, privilégiant les transports individuels motorisés et la mobilité douce aux transports publics. Au vu de la situation qui se dessine pour 2021, il faut s'attendre à un chiffre d'affaires semblable à celui de 2020. Du point de vue de la CDG, il n'y a pas de remarques particulières à formuler.

Rüber Stefan, Fraktion Grüne: Nach Durchsicht des Berichtes stellten sich mir Fragen, welche die zuständige Direktion in der Zwischenzeit beantwortet hat. Die Einnahmen der Parking AG mit der neuen Fixpacht sind höher als die Einnahmen der vergangenen Jahre, was im Jahr 2020 einer Erhöhung von CHF 300'000 entsprach. Der Bewirtschaftungsauftrag wurde öffentlich ausgeschrieben. Da im Bericht der Nutzungsrückgang nicht genau ersichtlich war, stellte mir die Finanzdirektorin korrigierte Grafiken zu, welche den doch drastischen Rückgang belegen. So war beispielsweise während des Lockdowns im April kein einziges Auto im Bahnhofparking abgestellt. Interessanterweise hat sich die Situation der Velostation schneller verbessert als diejenigen der Parkhäuser.

Vlaiculescu Christiane, PSR: J'ai posé une question par écrit à la Directrice des finances, mais je n'ai pas obtenu de réponse. Derrière le ticket de parking se trouve l'information suivante: *«Ce ticket de parking donne droit à l'utilisation gratuite des transports publics pour une personne dans la zone 300 de la communauté tarifaire Libero. Pas valable pour les abonnements parking»*. Mais est-ce que cette offre ne serait-elle pas justement un atout pour le Service Économie / Statistiques de la Ville? Ainsi, on pourrait s'imaginer que le magasin Aldi, par exemple, donne aux clients qui achètent des marchandises pour plus de CHF 30 une entrée au parking gratuit. Si on souhaite soutenir l'utilisation de ces parkings, le marketing devrait être plus développé à ce niveau. Tout au moins, il serait utile de mieux signaler l'offre de l'utilisation gratuite des transports publics à l'entrée des parkings.

Steidle Silvia, directrice des finances: La situation des parkings montre une situation semblable aux autres domaines que nous avons traités hier et aujourd'hui, avec une baisse très claire des rentrées. Je remercie la rapporteuse de la CDG qui l'a soulevé avec beaucoup de justesse. Monsieur Rüber, je souhaite aussi vous remercier pour votre lecture attentive. Il est vrai que les tableaux ont bougé lors de la mise en page et nous allons les corriger. Madame Vlaiculescu-Graf, je dois vous remercier d'avoir finalement fait un peu notre travail, ce soir. Il est effectivement vrai que la société Parking Bienne S. A. favorise l'utilisation des transports publics biennois. Un nouveau

contrat a été établi afin d'élargir à deux personnes la gratuité des transports publics sur la zone 300 durant le temps d'utilisation du parking. Il est nécessaire d'en parler davantage. Il est vrai que cette information figure sur le site internet de la Ville, et également sur le site de l'entreprise APCOA S.A. Mais étant donné que peu de gens vont se renseigner sur internet à ce sujet, il est important de le rappeler aussi par d'autres biais, et je profite de la présence des médias pour le faire ce soir.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, gestützt auf Art. 9 des Reglements für die Parking Biel AG (SGR 7.7-2) **beschliesst**:

Vom Bericht des Gemeinderates vom 5. Mai 2021 betreffend den Vollzug der mit dem Reglement für die Parking Biel AG an die Parking Biel AG übertragenen Aufgaben wird **Kenntnis genommen**.

131. Dringliche überparteiliche Motion 20210045, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Roth Myriam, «Dringende Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, Punkt 3 erheblich zu erklären und die Punkte 1, 2 und 4 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Tanner Anna, SP: Zuerst danke ich der Direktion Soziales und Sicherheit und den Mitarbeitenden der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste für ihre wertvolle Arbeit. Mir ist bewusst, dass ihre Aufgabe herausfordernd ist. Die von mir geäußerte Kritik bezieht sich auf die Organisationsform und nicht auf die Mitarbeitenden. Grundsätzlich gehört es zum gesetzlichen Auftrag, die Aufenthaltsbewilligungen fristgerecht zu verlängern. Es ist ein unverzichtbarer Auftrag des Service public der Stadt Biel, der erbracht werden muss. Bei nicht fristgerechter Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung stellen sich schwerwiegende Probleme. Ich bin oft in Kontakt mit Mitarbeitenden im Sozialbereich, erhalte Erfahrungsberichte von AnwältInnen und habe selber viel Erfahrung in der Begleitung von Menschen, die ihre Aufenthaltsbewilligung verlängern wollen. Viele haben mir berichtet, wie oft sie anrufen oder E-Mails schreiben mussten, um den Prozess zu beschleunigen. Wichtige Angelegenheiten wie der Abschluss eines Miet- oder Arbeitsvertrags oder der Kauf einer SIM-Karte können ohne gültige Aufenthaltsbewilligung nicht getätigt werden, was zu viel Leid und auch erheblichen Folgekosten führt.

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die Legislative hat aber eine Aufsichtsfunktion und es gehört zu ihrer Pflicht, diese Problematik genau zu beobachten, weil teilweise übergeordnetes Recht verletzt wird. Wenn aus der Beantwortung des Gemeinderats klar hervorgehen würde, dass der Wille vorhanden ist, das Problem anzugehen, könnten sich die Urhebenden mit einem Postulat

zufriedengeben. Dem ist leider nicht so. Der Stadtrat ist verpflichtet zu reagieren. Nun zu den einzelnen Forderungen des Vorstosses:

- Punkt 1 des Vorstosses verlangt, dass die Verlängerungsgesuche registriert werden. In der Beantwortung wird auf das Dokumentenverwaltungssystem d.3 verwiesen. Die Dossiers werden dort elektronisch abgelegt. Eine Fristenkontrolle, welche die Arbeit erheblich erleichtern würde, ist damit aber leider nicht möglich.
- Punkt 2 des Vorstosses verlangt eine temporäre, interne personelle Verstärkung sowie zusätzliche kostenneutrale organisatorische Massnahmen. Der Gemeinderat schreibt, dass Anpassungen bereits umgesetzt wurden. Zusätzliche Ressourcen für die Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste wurden aber nur für den Bereich für SchweizerInnen vorgesehen. Ich frage mich, wo die Prioritäten gesetzt werden. Gesuche im Bereich der Migration sind komplexer und benötigen mehr Zeit. Begeben wir uns nicht in eine Zweiklassen-Gesellschaft, wenn nur dem für SchweizerInnen zuständigen Bereich mehr Ressourcen zugesprochen werden? Diese Strategie ist unhaltbar und ich kann sie nicht nachvollziehen. Weiter werden die Verzögerungen mit Gesetzesänderungen und einem dadurch erhöhten Arbeitsaufwand begründet. Müsste die Stadtverwaltung nicht auf gesetzliche Veränderungen vorbereitet sein, um darauf schneller reagieren zu können? Dann weist die Beantwortung darauf hin, dass sich einige der geplanten Massnahmen noch im Mitberichtsverfahren befinden. Wie ist diesbezüglich der aktuelle Stand? Es geht nicht primär um eine Aufstockung von Ressourcen, sondern auch um organisatorische Massnahmen. Beispielsweise könnten die Bewilligungen jeweils um zwei statt nur um ein Jahr verlängert werden. Den Gesuchsstellenden könnte eine Checkliste für die erforderlichen Dokumente abgegeben werden. Die Prüfung der Unterlagen muss transparenter und speditiver erfolgen. Für die Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung B gibt es Ablauffristen. Zusammen mit der Verfallsanzeige muss nur eine Ausweiskopie eingereicht werden. Damit sollte eine fristgerechte Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung eigentlich machbar sein. In Bern werden 80% der Verlängerungsgesuche innert Tagesfrist bewilligt. Wäre eine Anpassung der Prozesse in Biel nach dem Vorbild der Stadt Bern nicht sinnvoll?
- Punkt 3 verlangt eine Berichterstattung. Der Gemeinderat hat sich bereit erklärt, dem Stadtrat künftig im Rahmen des Geschäftsberichts der Stadtverwaltung Bericht zu erstatten. Diesen Vorschlag nehmen die Urhebenden des Vorstosses gerne an, damit nicht jeweils immer nachgefragt werden muss.
- Punkt 4 verlangt eine Mitteilung an die Gesuchsstellenden, falls es zu Verzögerungen kommt. Diese Forderung hängt mit der unter Punkt 1 aufgeführten Forderung zusammen. Gäbe es nämlich ein gut funktionierendes Register der Gesuche, könnte die Fristenkontrolle automatisiert erfolgen und würden weniger personelle Ressourcen beanspruchen. Ich bedaure sehr, dass der Gemeinderat diesen Punkt nicht prioritär behandeln will.

Hand aufs Herz, wie wichtig ist dieses Thema? In der Beantwortung des Gemeinderats ist weder ein Bedauern zur aktuellen Situation noch der Wille für eine Veränderung erkennbar. Deshalb **beantragen die Urhebenden, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären**, um damit ein starkes Zeichen zu setzen.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés a analysé cette motion. Le premier élément qui nous a surpris est la forme de l'intervention car ce sujet relève plutôt de la compétence du Conseil municipal et devrait donc être présenté sous forme de postulat. Nous sommes donc surpris que

cette motion n'ait pas déjà été transformée en postulat lors de sa réception. Je reviens sur les points de cette intervention:

- Point 1: Les demandes des intervenantes sont déjà satisfaites aujourd'hui en fonction des forces à disposition et dans l'optique de fournir un travail de qualité. Il est très important de prendre en compte la notion de qualité.
- Point 2: Il est important de tenir compte des efforts fournis par le Service des habitants et services spéciaux afin de digérer la réorganisation opérée il y a trois ans. Nous reconnaissons que l'effort consenti n'a pas encore permis de diminuer suffisamment le temps d'attente, mais il est tout de même raisonnable. Toutefois, des facteurs extérieurs peuvent également péjorer la situation et rallonger le délai de traitement des dossiers. À cet effet, il faut rappeler la position et la ligne de direction de l'UDC Bienne de privilégier la main d'œuvre suisse et locale en premier lieu et de rendre la Ville de Bienne moins attractive pour le tourisme social, en usant des instruments légaux à disposition avec parcimonie et intelligence.
- Point 3: Il est pris note de la position transparente du Conseil municipal dans sa réponse et le Groupe UDC/Les Confédérés suit totalement sa prise de position.
- Le point 4 n'a pas lieu d'être car une solution existe déjà en tenant compte des besoins mais surtout des coûts et de la surcharge administrative qu'une application à tous les dossiers engendrerait. C'est bien pour cela qu'une sélection est faite selon la complexité des dossiers.

J'ai toutefois encore deux questions:

1. En tant que responsable de ce département, Monsieur Feurer, avez-vous proposé au Conseil municipal des augmentations de ressources en étant proactif? Et, le cas échéant, à quelle hauteur (en pourcentage)?
2. Quel est l'état du développement de l'informatique?

Le Groupe UDC/Les Confédérés rejoint l'avis du Conseil municipal de transformer les points 1, 2 et 4 en postulat, les adopter et les radier du rôle comme étant réalisés. Nous suivons aussi la transformation du point 3 en postulat et son adoption en tant que tel.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: Il n'appartient peut-être pas au Conseil de ville de donner à l'Administration municipale des instructions détaillées sur la manière dont les procédures doivent être menées. Toutefois, lorsque je reçois des courriels de citoyens et citoyennes qui songent à quitter la Ville en raison du retard de traitement de leur dossier et qui ne savent plus quoi faire face au silence du Service des habitants et services spéciaux, il est de notre devoir de s'interroger et de demander des changements. La réponse apportée à cette motion n'est pas à la hauteur de la problématique. Comme déjà dit hier, les impôts des personnes physiques sont fondamentaux pour la Ville, et il ne faut pas que les personnes qui demandent un permis de séjour quittent notre territoire.

Ordnungsantrag

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich beantrage, über alle Punkte der Motion getrennt abzustimmen.

Der Ordnungsantrag wird **angenommen**.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Wo soll ich beginnen? Wie bereits gestern erwähnt, hat die Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) die Dienststelle Einwohner und Spezialdienste 2016 einer Überprüfung unterzogen. Anhand eines Benchmarks stellte sich heraus, dass die Dienststelle deutlich unterdotiert ist. Schon damals bestanden in verschiedenen Bereichen Pendenzen. Aufgrund dieser Analyse und nach Klärung einiger Fragen, beschloss der Gemeinderat, zusätzliche Stellen zu schaffen. Die Dienststelle sollte damit die annähernd notwendige «Maturität» erreichen, das heisst das gemäss Benchmark erforderliche Personalniveau um die anfallende Arbeit erledigen und die Pendenzen abbauen zu können. Diese Kriterien wurden mit der Massnahme erfüllt. Mit der Inkraftsetzung von Gesetzesanpassungen Anfang 2019, kamen neue Vorgaben hinzu, deren konkrete Auswirkungen auf die Praxis nur ansatzweise abschätzbar waren. Unterdessen hat sich herausgestellt, dass die Arbeitslast im Bereich Migration um rund 50% zugenommen hat. Im Gegensatz zu vorher muss nämlich die Dienststelle Abklärungen und Beurteilungen selber vornehmen. Diese sind im Einzelfall sehr aufwändig und komplex. Einfache Gesuche können relativ schnell bearbeitet werden, in Biel jedoch sind sehr viele Gesuche komplex und erfordern zusätzliche Beratungsgespräche. Die Abklärungen und Nachforschungen bei Sozialhilfebeziehenden sind seit 2019 umfassender und aufwändiger geworden und umfassen nicht mehr nur den Zeitraum der 15 vorangehenden Jahre. Werden die Erfordernisse für die Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung nicht erfüllt, muss ein Beratungsgespräch geführt werden. Hinter der kantonalen Gesetzesänderung stehen aber nicht polizeiliche, sondern integrative Absichten und das Ziel, die Gesuchsstellenden besser zu begleiten und die Integrationsbemühungen zu fördern.

Frau Tanner hat gefragt, warum sich die Stadtverwaltung nicht besser auf die Gesetzesänderung vorbereitet hat. Es mussten völlig neue zusätzliche Prozesse eingeführt werden. Die Stadt Bern hat in der Tat sehr schnell zusätzliche Stellen geschaffen. Die Stadt Thun erkundigte sich kürzlich bei der Stadt Biel nach ihren Einschätzungen und Erfahrungen. Auch beim Kanton gab es zusätzliche Stellen in diesem Bereich. Sie sehen also, dass auch andere Gemeinden vor der gleichen Herausforderung stehen. Die Stadt Biel ist aufgrund der Zusammensetzung der Bevölkerung besonders stark betroffen. Als weiterer Faktor kommt hinzu, dass nach der Reorganisation und Stellenaufstockung der Dienststelle auch meinerseits die Erwartung bestand, in absehbarer Zeit keine weiteren Stellenaufstockungen ins Auge fassen zu müssen. Die neuen zusätzlichen Herausforderungen in Zusammenhang mit den Gesetzesanpassungen im Bereich der ausländerrechtlichen Aufenthaltsbewilligungen wurden jedoch unterschätzt bzw. zu spät erkannt. Unterdessen wurden aber Massnahmen ergriffen. Im Herbst 2020 wurden zusätzlich 270 Stellenprozente bis Ende 2021 befristet bewilligt. Der Kanton verlangt, dass die Aufenthaltsbewilligungen jedes Jahr erneuert werden: Nach Rücksprache mit der Kantonsverwaltung können nun aber unproblematische Gesuche um zwei Jahre verlängert werden. Interne Umbesetzungen zur Unterstützung im Bereich der Einwohnerdienste wurden geprüft aber verworfen. Wieso? Ein Abzug der Mitarbeitenden aus der Fachstelle Integration, die für diese Aufgaben am besten geeignet wären, ist aufgrund des Vertrags mit dem Kanton nicht möglich. Der Kanton würde deren Stellen nicht mehr finanzieren. Mitarbeitende aus anderen Bereichen wiederum bringen nicht die erforderlichen spezifischen Kompetenzen mit. Mit einer «Work-flow-Analyse» wurde jedoch abgeklärt, welche Aufgaben vom Bereich Migration in andere Bereiche der DSS verlagert werden könnten. So konnten gewisse Aufgaben an den Dienst für Sicherheit, Intervention, Prävention (SIP) übertragen werden, womit

aber dessen Patrouillendienste eingeschränkt werden. Darüber hinaus wurden innerhalb des Bereichs Migration Kompetenzzentren geschaffen. Nichtsdestotrotz genügen diese Optimierungsmassnahmen angesichts der Arbeitszunahme von rund 50% langfristig nicht und es braucht mehr Ressourcen. Mit den erwähnten Massnahmen und den zusätzlichen Stellenprozenten können heute alle Gesuche bearbeitet werden, die Pendenzen können aber nach wie vor nicht abgearbeitet werden.

Die eingegangenen Dossiers der Gesuchsstellenden werden elektronisch registriert, das System lässt jedoch keine automatisierte Auswertung zu. Neben der d.3-Dokumentenverwaltung werden die Dossiers deshalb behelfsmässig in einer zusätzlichen Datenbank verwaltet. Eine definitive Lösung soll mit den bestehenden Informatikprogrammen entwickelt werden.

Ein Informationsaustausch mit der Stadt Bern hat stattgefunden. Dabei wurde festgestellt, dass das Problem hauptsächlich durch die fehlenden Ressourcen verursacht wird. Ein Vergleich ergab zudem, dass im Bereich Migration die Anzahl der komplexen Dossiers in Biel wesentlich höher ist. Die Erkenntnisse aus diesem Austausch sind in die Massnahmen eingeflossen. Ich kann Herrn Wächter überdies bestätigen, dass ein Antrag für 300 Stellenprozente für die Erledigung des Tagesgeschäfts und weitere 300 Stellenprozente zum Abbau der Pendenzen eingereicht wurde.

Tanner Anna, SP: Es freut mich zu hören, dass bereits Massnahmen wie beispielsweise die Verlängerung der Gültigkeit der Bewilligungen auf zwei Jahre oder die Beantragung von zusätzlichen Stellen umgesetzt wurden. Das ist sehr löblich. Herr Feuer sagte, dass vermehrt Beratungsgespräche geführt werden müssen. Ich weiss jedoch, dass Gesuchsstellende immer wieder anrufen müssen und keinen Beratungstermin erhalten. Ich kann auch nach wie vor nicht nachvollziehen, warum nicht vorausschauend auf die Gesetzesanpassung reagiert wurde und die zusätzlich geschaffenen Stellen dem für SchweizerInnen zuständigen Bereich angegliedert wurden. Dies, obwohl Ihnen bewusst sein muss, wie sich die Bieler Bevölkerung zusammensetzt. Ich würde es ausserordentlich bedauern, wenn diese Aufgaben an den Kanton abgegeben werden müssten, da damit der Handlungsspielraum und die Einflussmöglichkeiten der Stadt stark eingeschränkt würden. Ich hoffe sehr, dass eine andere Lösung gefunden wird. Ich unterstütze den Antrag ebenfalls, über die einzelnen Punkte des Vorstosses separat abzustimmen.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Ich nehme die Antworten des Direktors der DSS nicht so positiv wahr wie Frau Tanner. Sie lassen tief in seinen Führungsstil blicken und zeugen von einer gewissen Ratslosigkeit. Zu keinem anderen Bereich in der Stadtverwaltung werden mehr parlamentarische Vorstösse aufgrund von Unzufriedenheit und Unmut eingereicht. Werden neben der Stellenaufstockung auch die Prozesse überprüft? Wird die IT-Infrastruktur auch mit derjenigen des Kantons abgeglichen? Von allen Gemeinden im Kanton Bern haben nur die Städte Bern, Thun und Biel eigene Migrationsstellen. Die Stadtverwaltung Biel wollte diese Aufgabe eigentlich besser erfüllen als der Kanton. Wenn aber die Aufgaben nicht zufriedenstellend erfüllt werden, ist eine Ausgliederung an den Kanton durchaus wieder zu prüfen. Ich bin der Meinung, dass der Vorstoss als Motion aufrecht erhalten werden muss.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Il y a un point sur lequel je souhaiterais encore un éclaircissement. De l'avis de notre groupe, il s'agit plus d'un postulat que d'une motion, et nous aimerions savoir quel point relevait plus du postulat que de la motion? Il est possible que l'on se trompe, mais nous souhaiterions savoir si cette motion est transformée en postulat pour la forme ou uniquement pour le principe?

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Der gesamte Vorstoss ist in allen Punkten motionsfähig.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Aus Sicht des Gemeinderats ist der Vorstoss in keinem Punkt motionsfähig. Die Gründe dafür sind in der Beantwortung dargelegt. Alle Forderungen fallen in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats und nicht in denjenigen des Stadtrats. Der Gemeinderat beantragt deshalb die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Zu Punkt 3 laufen noch Abklärungen, deshalb kann dieser im Gegensatz zu den anderen noch nicht abgeschrieben werden. Ich empfehle Ihnen, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen. Die Aufrechterhaltung des Vorstosses als Motion bewirkt nichts.

Frau Tanner kritisierte, dass die Gesuchsstellenden keine Beratungstermine erhalten. Es gibt durchaus Fälle, in denen kein Beratungsgespräch nötig ist; jeder Fall muss einzeln geprüft werden. Die Stellenaufstockung kam keineswegs nur dem für SchweizerInnen zuständigen Bereich zugute; die meisten Stellen wurden im Bereich AusländerInnen geschaffen. Ich bin auch nicht der Meinung von Frau Gurtner-Oesch, dass von Ratslosigkeit gesprochen werden kann. Es wurde eine Analyse durchgeführt und gestützt darauf Ziele festgelegt, die heute mehr oder weniger erreicht sind. Die Umsetzung der Gesetzesanpassung 2019 schuf jedoch eine neue Situation, auf welche wiederum mit entsprechenden Massnahmen reagiert wurde. Frau Gurtner-Oesch, Sie können gerne zu mir in die DSS kommen und sich die umgesetzten Massnahmen im Detail erklären lassen. Die Frage nach der Rückgabe der Aufgaben an den Kanton kann durchaus gestellt werden. Finanziell wäre dies jedoch kein gutes Geschäft, denn die Entgegennahme und Überprüfung der Unterlagen würde nach wie vor durch die Stadtverwaltung erfolgen. Nur der letzte Teil, das sogenannte «Back-Office» könnte an den Kanton delegiert werden. Mit der Übergabe dieser Arbeit an den Kanton würde die städtische Verwaltung aber einen Anteil an Gebühreneinnahmen verlieren, der höher wäre als der Einsparungsgewinn des Arbeitsaufwands. Falls aber das Problem nicht mit personellen Ressourcen gelöst werden kann, wird der Gemeinderat diese Option prüfen.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich erinnere Sie daran, dass das Stadtratsbüro den Vorstoss als Motion entgegengenommen und als motionsfähig eingestuft hat. Die Urhebenden wollen den Vorstoss in allen Punkten als Motion aufrechterhalten. Es wird jetzt gemäss Ordnungsantrag Punkt für Punkt abgestimmt.

Abstimmungen

- Über den Antrag der Motionärinnen den Vorstoss als Motion als erheblich zu erklären:
- Punkt 1

Der Antrag wird angenommen.

- Punkt 2

Der Antrag wird angenommen.

- Punkt 3

Der Antrag wird angenommen.

- Punkt 4

Der Antrag wird angenommen.

Somit wird der Vorstoss in allen Punkten als Motion erheblich erklärt.

132. Dringliches Postulat 20210047, De Maddalena Daniela, Grüne, «Korrektur Linienführung Bus im Geyisried, Quartier Mett»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

de Maddalena Daniela, Grüne: Dass Menschen oft ungehalten reagieren, wenn ihre Gewohnheiten von aussen her geändert werden, ist normal, und gewisse Wogen werden sich bestimmt wieder glätten. Trotzdem gehe ich auf einige Punkte der Beantwortung des Gemeinderats zum vorliegenden Postulat näher ein. Der Gemeinderat führt beispielsweise an, dass die Region eine bessere Anbindung des Beundenquartiers in Nidau wünscht. Dass diesem Wunsch nachgekommen wird, ist verständlich. Was der Kanton unter Effizienzsteigerung versteht, deckt sich jedoch nicht mit meiner Definition. Ist damit nicht ein Abbau des Angebots für die BielerInnen verbunden? Das Angebot hat sich dadurch für die Stadt Biel und für ihre Steuerzahlenden zugunsten der Region verschlechtert. Vorbildlich wurde bereits im Herbst 2020 an den betroffenen Bushaltestellen auf die Fahrplanumstellung hingewiesen. Mit den betroffenen Quartierbewohnenden hingegen wurde nicht gesprochen, was auf grosses Unverständnis und Verärgerung stiess. Telefonische Anfragen bei den Verkehrsbetrieben (VB) wurden mit der Aussage, dass noch nichts Genaueres bekannt sei beantwortet. In der Beantwortung des Gemeinderats steht, dass mit der neuen Linienführung Umwegfahrten vermieden werden sollen. Was sind Umwege und für wen? Die älteren Bewohnenden, die Familien mit kleinen Kindern und Menschen mit Beeinträchtigungen in den Genossenschaftshäusern in Mett und im Geyisried sind sehr unglücklich über die verlorene Freiheit und Unabhängigkeit. Es handle sich um sogenannte «Partikularinteressen» Einzelner. Für die Betroffenen klingt das zynisch. Was mich persönlich bei der Durchsicht der Antwort des Gemeinderats geärgert hat, ist folgende Äusserung: *«In Quartieren mit funktionierenden Leisten dienen diese in aller Regel als Ansprech- und Koordinationsstelle.»* Ist das so zu interpretieren, dass mit einem funktionierenden Quartierleist eine frühzeitige Information erfolgt wäre? Im Geyisried-Quartier gibt es Genossenschaften, einen Frauen- und einen Kirchenverein. Es ist niemandem eingefallen, ein Konsultativverfahren durchzuführen. Spätestens seit dem Scheitern von AGGLOlac

wissen wir, dass ohne direkte, ehrliche Kommunikation mit der betroffenen Bevölkerung und einem echten Partizipationsverfahren heute nichts mehr geht. Ich hoffe, dass die bald folgende Einladung zu einer Quartierbegehung von der Stadtverwaltung angenommen wird. Punktuelle Optimierungen müssen nicht nur denkbar, sondern aktiv mit den Quartierbewohnenden diskutiert und umgesetzt werden. Die Fraktion Grüne folgt dennoch dem Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Heiniger Peter, PdA: Es geht um Partikularinteressen, jede Person möchte schliesslich Zugang zum öffentlichen Verkehr (ÖV). Niemals ausser Acht gelassen werden darf, dass die Beteiligung der Bevölkerung unglaublich wichtig ist. Wie Frau de Maddalena weiss auch ich von vielen unzufriedenen QuartierbewohnerInnen. Partikularinteressen gibt es in der ganzen Stadt Biel. Der Gemeinderat erwähnt in seiner Beantwortung die Anbindung des Beundenquartiers von Nidau. Soviel ich weiss, gehört Nidau nicht zu Biel... Ich wünsche mir, dass die VB und der Gemeinderat das Gespräch mit den Betroffenen suchen. Nur mit Partizipation kann ein gangbarer Weg gefunden werden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Grundsätzlich ist der ÖV ein Verbundsystem und besteht nicht nur aus einzelnen Linien in einzelnen Quartieren. Um das Ziel der Plafonierung bzw. Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in der Stadt Biel zu erreichen, braucht es ein gut funktionierendes Velo- und Fusswegnetz sowie ein attraktives ÖV-System. Zu sagen, dass Nidau Beunden uns nichts angeht, da nicht zu Biel gehörend, ist falsch. Verkehrspolitik entlang der Gemeindegrenze funktioniert nicht. Die Erschliessung von Nidau Beunden mit dem ÖV entlastet den MIV. Im Verbundsystem müssen die Linienäste miteinander verknüpft und Taktknoten sowie Übergänge zum Zugverkehr müssen sichergestellt werden. Wenn jede Gemeinde eine lokale Verkehrspolitik betreiben würde, entstünde ein Riesenchaos. Wenn der MIV reduziert werden soll, muss das ÖV-Angebot insgesamt besser sein. In Biel gibt es kein Angebotsabbau des ÖV. Möglicherweise funktionieren gewisse Linien nicht mehr wie gewohnt und Änderungen werden als weniger komfortabel wahrgenommen. Das Angebot wurde nicht abgebaut, sondern umstrukturiert. Ich kenne das Geyisried gut, denn ich bin dort aufgewachsen. Wenn Sie für den Einkauf neu umsteigen müssen, ist das nicht erfreulich. Dafür ist aber der Orpundplatz jetzt besser erschlossen. In Biel werden sich die Fahrgäste in Zukunft vermehrt an das Umsteigen gewöhnen müssen. Der Bahnhof Mett beispielsweise wird heute noch zu wenig genutzt. Wie in den grösseren Städten bereits üblich, soll in Zukunft auch in Biel bereits in Mett der Zug genommen werden können. Die Schulen beispielsweise haben sich grösstenteils positiv zum Fahrplanwechsel geäussert. Einzelne Unzufriedene gibt es immer.

Zur Frage der Partizipation: Die Entwicklung des ÖV-Konzepts wird vom Kanton vorgegeben. Die verschiedenen Regionen sind in den regionalen Verkehrskonferenzen vertreten. Über deren Arbeit wird in den Medien kommuniziert, was leider oft auf geringes Interesse stösst. Verbesserungen am System können jederzeit diskutiert werden. Der Kanton hat festgestellt, dass Biel das dichteste Haltestellennetz im ganzen Kanton aufweist. Für den Gemeinderat ist deshalb nachvollziehbar, dass die Abstände

zwischen den Haltestellen angepasst werden. Daraus kann sich dann für einzelne Betroffene ein Verlust ihrer Haltestelle ergeben. Gemessen an der Entwicklung der Passagierzahlen ist das ÖV-Angebot attraktiv. Von einer Verbesserung des Gesamtsystems profitieren viele, VerliererInnen wird es immer geben...

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

133. Dringliches überparteiliches Postulat 20210046, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Roth Myriam, Grüne, Liechti Kathleen, EVP, «Coronabedingte Armut vermeiden durch gute Kommunikation»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Tanner Anna, SP: Der vorliegende Vorstoss wurde vor allem eingereicht mit dem Ziel, die Kommunikation sicherzustellen. Nach dem pandemiebedingten Auslaufen der Kurzarbeitsentschädigung werden voraussichtlich viele Sozialhilfesuche auf die Stadtverwaltung zukommen. Die Mitarbeitenden der Fachstellen haben mir mitgeteilt, wie schwierig es für die Betroffenen ist, in ihrer prekären Situation im Ungewissen gelassen zu werden. Es ist schade, dass der Gemeinderat nicht aus eigener Initiative heraus reagiert wie dies etwa in den Städten Bern und Zürich der Fall war. Zu Punkt 2 des Postulats schreibt der Gemeinderat, dass die Kommunikation sichergestellt sei. Mitarbeitende der betroffenen Stellen in der Stadtverwaltung sollten aber dennoch sensibilisiert werden und aktiv die Betroffenen ansprechen.

Liechti Kathleen, PEV: En signant ce postulat, il me semblait important d'ouvrir le dialogue et d'attirer l'attention sur une problématique actuelle. Les personnes qui se retrouvent dans une situation financière difficile à cause de la pandémie ont le droit d'être informées qu'un recours temporaire à l'aide sociale dans ces circonstances exceptionnelles et inédites ne sera pas préjudiciable pour leur permis de séjour. Le point 1 demandait que cette information soit donnée et le point 2 demandait au Conseil municipal de s'assurer que les directives édictées au niveau fédérale soient bien suivies.

Je voudrais revenir sur le point 1. Après avoir lu la réponse du Conseil municipal, selon laquelle les personnes concernées seraient déjà suffisamment informées de manière ciblée par des services publics ou privés, j'ai encore envoyé quelques questions à Monsieur Feurer pour qu'il me précise certains éléments. J'ai notamment demandé quels étaient les moyens utilisés pour diffuser ces informations auprès de la population et quels services publics ou privés étaient concernés. Sans recevoir d'informations concrètes sur les moyens précis utilisés, j'ai reçu la plupart des réponses que j'attendais. Cependant, il m'a également été précisé que cette thématique n'était pas d'actualité car les personnes touchées professionnellement par la pandémie recevaient des allocations chômage et que la question ne se posait pas pour le moment. Je ne suis pas tout à fait d'accord avec cette affirmation. Je travaille dans un service spécialisé dans le désendettement et le suivi social des personnes en difficulté

financière et je ne peux malheureusement que faire le constat de l'impact dramatique de la crise sur les personnes à bas revenus. Avant la pandémie, ces personnes arrivaient tout juste à payer leurs factures courantes; aujourd'hui, elles se retrouvent au-dessous du minimum vital à cause de la perte d'un emploi ou du chômage partiel. Bien que des mesures aient été mises en place pour atténuer le poids de cette crise sur les bas revenus, il existe toujours des personnes qui sont laissées de côté ou qui pâtissent des effets de seuil. Il s'agit souvent des personnes qui ont les emplois les plus précaires qui en paient le prix. Dans l'association où je travaille, nous avons accès à un fonds pour soutenir ponctuellement les personnes impactées par la pandémie. Les demandes de personnes voulant à tout prix éviter l'aide sociale par peur des répercussions sur leur permis de séjour ne sont pas rares. L'aide que nous pouvons leur apporter est totalement insuffisante face à leur situation. Le risque d'endettement pour ces personnes est immense et, lorsqu'on met le pied dans une spirale de surendettement, les chances de s'en sortir sont faibles et le chemin est long, spécialement avec un petit revenu. De plus, le fait d'être endetté menace également les permis de séjour et les naturalisations. Ces personnes seront donc perdantes, quoi qu'elles fassent. Je n'ai aucun plaisir à voir les chiffres de l'aide sociale grossir, mais laisser des personnes dans une détresse financière, par manque d'informations, me semble encore plus inacceptable. Je regrette que cette thématique ne soit pas plus mise en avant à Bienne, comme elle l'a été dans d'autres villes. Berne, par exemple, a communiqué sur ce sujet et édité un flyer. J'accepte néanmoins la radiation du rôle de ce postulat en espérant qu'il aura mis en lumière cette problématique.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Frau Liechti, was Sie eben erläutert haben, ist real. Unabhängig von der Pandemie ist die Abhängigkeit von der Sozialhilfe für die Betroffenen oft schwierig. Zur Kommunikation in der Pandemiesituation wurde eine Weisung erlassen. Darin steht unter anderem, dass hinsichtlich der Kriterien für die Sozialhilfeabhängigkeit zu berücksichtigen ist, ob diese durch die Pandemie verursacht wurde. Es ist aber oft schwierig zu beurteilen, wer aufgrund der Pandemie sozialhilfeabhängig wird. Allgemeine Informationen lösen Erwartungen aus, die nicht immer gerechtfertigt sind. Deshalb wurde entschieden, nicht öffentlich zu kommunizieren, sondern es den Fachstellen zu überlassen, die Leute spezifisch anzusprechen. Wir sind überzeugt, dass dies der richtige Weg ist.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

134. Überparteiliche Motion 20200363, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Sprenger Titus, Passerelle, Augsburger-Brom Dana, Passerelle, Heiniger Peter, PdA, Roth Myriam, Grüne, Tanner Anna, SP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Rebetez Maurice, PSR, «Citycard für alle in Biel Lebenden einführen»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Die Urhebenden der vorliegenden Motion verstehen, dass der Gemeinderat den Vorstoss in ein Postulat umwandeln will. Bis ein konkretes Projekt realisiert werden kann, müssen noch viele Fragen geklärt werden. Die

MotionärInnen möchten, dass der Gemeinderat das Thema weiterverfolgt und einem entsprechenden Projekt auch Chancen einräumt. Um die Ernsthaftigkeit des Anliegens zu unterstreichen, werden die Urhebenden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren das Thema aktiv bearbeiten und Ideen für die Umsetzung entwickeln. Eine Stadtkarte ist sehr viel mehr als ein Identifikationsdokument. Es ist die Vision einer Stadt, die allen Einwohnenden die soziale und rechtliche Teilhabe ermöglicht. Wie der Gemeinderat richtig festhält, soll eine solche City-Card für alle Bewohnenden herausgegeben werden und einen Mehrwert schaffen. Sie muss also mit Dienstleistungen, Informationen und speziellen Angeboten angereichert werden. Nur so dient die Karte auch in Biel wohnhaften Sans-Papiers und abgewiesenen Asylsuchenden. Nicht nur in Biel und Zürich wird eine City-Card gefordert, auch zahlreiche weitere Städte erkennen den dringenden Bedarf. Aktuell sind dies nebst Zürich die Städte Bern, La Chaux-de-Fonds, Genf, Lausanne, Freiburg und St. Gallen. Den MotionärInnen ist bewusst, dass die Karte Sans-Papiers keine Verbesserung bringt, falls sie von der Polizei nicht als Identitätsnachweis anerkannt wird. Was ist jedoch mit Miet- und Versicherungsverträgen, Abos für Mobiltelefone, Dienstleistungen des Gesundheitswesens, im öffentlichen Verkehr und Weiterbildungsangeboten? Die Stadtverwaltung fürchtet die hohen Kosten. Diese sind jedoch vermeidbar. Was es braucht, ist ein smartes Vorgehen. Für die Entwicklung der City-Card sollte nicht nur eine Direktion zuständig sein, sondern eine Zusammenarbeit zwischen Stadtentwicklung, Bildung, Soziales und Integration angestrebt werden. Die Stadtkarte soll ausdrücklich nicht von den Einwohnerdiensten herausgegeben werden. Die Gutachten von Zürich sind eindeutig: Es muss eine städtische oder private Stelle sein, die unabhängig von den Einwohnerdiensten arbeitet. Der Datenschutz muss gegenüber den Behörden sichergestellt sein. Ich empfehle deshalb dem Gemeinderat die Weiterbearbeitung des Themas auch als Stadtentwicklungsprojekt zu behandeln. Die Motionärinnen werden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Projektgruppe schaffen und das Thema konzeptionell weiterentwickeln. Wir stehen für einen konstruktiven Austausch mit der Stadtverwaltung zur Verfügung und erachten diesen als wichtig und notwendig. Wir sind mit der Umwandlung des vorliegenden Vorstosses in ein Postulat einverstanden.

Scherrer Jürg, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Bis jetzt war ich der Meinung, dass die Schweiz ein Rechtsstaat ist, in welchem Ordnung herrscht und das Recht durchgesetzt wird. Wer sich nicht an das Recht hält und sich in die Illegalität begibt, muss die entsprechenden Konsequenzen tragen. Für gewisse Leute soll der Rechtsstaat jetzt ausser Kraft gesetzt werden. Mit einer City-Card soll der Aufenthalt von Menschen, die illegal hier sind, quasi legalisiert werden. Da frage ich mich schon, was das eigentlich soll! Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen lehnt den Vorstoss ab. Mir ist jedoch klar, dass die links-grüne Mehrheit im Stadtrat diesen problemlos erheblich erklären wird...

Vlaiculescu Christiane, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a pris connaissance de la réponse du Conseil municipal et se doit de dire que cette dernière ne répond pas à la demande. Nous sommes même choqués du contenu de ce document qui parle de City-Card pour les sans-papiers, alors que la motion disait en toute lettre que la carte est destiné à *«toutes les personnes vivant à Bienne.»* J'ai vérifié le texte en allemand et c'est le même. Madame Tennenbaum a parlé au sujet de la City-Card et je n'y reviendrai pas. Le Conseil municipal donne des arguments financiers, juridiques et compare Bienne avec Zürich ou New York. Il mentionne également que la carte peut être suffisante pour décliner son identité auprès de la

Police cantonale, mais que la Ville n'est pas en mesure d'exiger que la Police cantonale agissant sur le territoire communal accepte la City-Card comme document d'identification. Le Groupe PSR n'est pas vraiment satisfait de la réponse, mais il suit la prise de position des motionnaires.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO findet die Idee einer City-Card sinnvoll und möchte den Vorstoss als Postulat erheblich erklären. Die Mitwirkung von verschiedenen Organisationen und Einrichtungen ist wichtig. Auch sollte die Karte nicht von der Stadtverwaltung ausgestellt werden. Wie wir wissen, sind die Ressourcen der Stadtverwaltung begrenzt. Es braucht jedoch eine Zusammenarbeit aller Mitwirkenden. Wie in anderen Städten, etwa in Bern, wäre ein solches Projekt auch in Biel angebracht. Obwohl ich es vermeiden wollte, muss ich jetzt trotzdem Herrn Scherrer antworten. Klar ist die Schweiz ein Rechtsstaat. Dieser Rechtsstaat schützt jedoch nicht alle und kann nicht alles erfassen. Es gibt illegalen Menschenhandel mit Personen, die hier sind, aber nicht geschützt und von keiner Hilfsorganisation aufgefangen werden. Der Anteil dieser Personen ist riesig und sie können nichts dafür, dass sie hier sind. Wir sollten diesen Menschen die Möglichkeit geben, trotzdem hier anzukommen und sich ein Leben aufzubauen. Im Asylzentrum Bözingen beispielsweise wohnen Menschen, welche sich teilweise schon seit 18 Jahren in der Schweiz aufhalten. Sie haben zwar einen Wegweisungsentscheid erhalten, besitzen aber keinen gültigen Ausweis und können daher nicht ausgeschafft werden. Die Abkommen mit den betreffenden Ländern funktionieren nicht. Dafür können diese Menschen nichts. Da weist unser Rechtsstaat eine Lücke auf.

Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR: Le Conseil municipal a expliqué pourquoi il ne dispose pas des éléments nécessaires permettant de concrétiser cette motion. Le Groupe PRR partage cette analyse. En ville de Zürich, où une motion similaire a été déposée et adoptée récemment, elle bute déjà sur de gros problèmes de légitimité. Cette ville est pointée du doigt par son propre Gouvernement cantonal et même par le Conseil fédéral. L'immense majorité des sans-papiers, même s'ils sont en infraction du seul fait de ne pas disposer d'autorisation de séjour, ne sont pas des criminels ou des délinquants endurcis qu'on n'a pas pu expulser de Suisse. Ceci, après avoir purgé leur peine pour des infractions graves comme l'importation de stupéfiants dans le cadre d'un réseau international, d'agressions sexuelles, de violences sous substances, de cambriolages de masse, et ainsi de suite... Mais ces personnes sont aussi des sans-papiers et encombrant nos tribunaux et nos prisons. Je suis aux premières loges pour le constater! Toutefois, beaucoup de ces personnes méritent un autre sort même s'ils ont, en quelque sorte, triché pour rester ici. On peut constater que la plupart d'entre elles travaillent et ont même des enfants, ici, en Suisse. Notre groupe n'a pas la vocation d'ignorer ou de minimiser la difficulté de ces personnes, mais la création de cette carte suscite néanmoins de nombreuses interrogations. En effet, la Ville qui a un devoir de coopération avec les autorités fédérales et cantonales dans le domaine des étrangers, ne se met-elle pas en porte-à-faux par rapport à ses obligations, en distribuant une carte aux sans-papiers destinée à retarder le moment où ils seront découverts, voire de donner l'apparence de légalité à une situation illégale? Cela est, pour notre Groupe, très dérangeant dans un État de droit.

Il est aussi vrai que cette carte serait destinée à toute personne domiciliée à Bienne et permettrait notamment l'obtention de certains services gratuits ou à prix réduit. Ceci, sachant que toute une série de prestations est déjà accessible aux sans-papiers (les secours d'urgence, les assurances sociales, l'AVS, les caisses maladies, les

allocations familiales, la scolarisation obligatoire des enfants et leur accès aux filières d'apprentissage). Voilà comment les droits fondamentaux sont déjà mis en œuvre. Mais, comment peut-on établir qu'un sans-papiers réside bien à Bienne puisque, par définition, il n'a pas de titre de séjour? Comment gérer l'effet d'appel d'air que pourrait provoquer cette carte en attirant des sans-papiers venant d'ailleurs? Cette carte serait-elle utile aux suisses ou aux personnes étrangères possédant un permis d'établissement? Quel est l'intérêt à posséder une telle carte pour quelqu'un dont le revenu serait trop élevé pour espérer la gratuité de tel ou tel service? Le risque existe, en bout d'exercice, que l'écrasante majorité des porteurs de cette carte seront justement les sans-papiers qui deviendront encore plus visibles et stigmatisables. Sans parler du fait que la police ne se contentera certainement pas qu'on lui présente, pour s'identifier, un bout de plastique qui n'aura pas davantage de valeur qu'une carte d'abonnement ou de fidélité. On crée un sentiment de fausse sécurité en donnant un message trompeur à son ou sa titulaire.

Le Groupe PRR songe également au coût du travail administratif pour l'établissement et le suivi des cartes dans le respect de la protection des données ainsi qu'aux avantages financiers liés à cette carte. Ces aspects devraient faire l'objet d'une évaluation financière sérieuse. Il y a donc trop de questions ouvertes pour pouvoir donner suite à cette motion. Il est vrai qu'un postulat permettrait de prendre du recul et d'examiner des expériences faites ailleurs. Notre position de libéraux consiste à dire qu'il faut résoudre définitivement le problème des sans-papiers. Il est important de rendre leur dignité à toutes ces personnes, qui sont souvent des femmes, plutôt que de favoriser leur maintien dans la précarité par misérabilisme, romantisme ou sur la base de considérations morales ou doctrinaires incompatibles avec l'ordre juridique et la suprématie de la loi en démocratie dans cet État de droit que nous avons choisi. Il faut être clair: séjourner dans un endroit où bon nous semble ne fait pas encore partie du catalogue des droits humains. Nous préconisons plutôt une sérieuse application des moyens que la loi prévoit aujourd'hui déjà, notamment le réexamen systématique de chaque situation, au cas par cas, qui peut aboutir à la constatation d'un cas de rigueur qui entraînerait une régularisation à terme voire même à une amnistie. Ces dernières années, plus de 90% des demandes de reconsidération fondées sur les cas de rigueur ont été admises, comme le constate l'observatoire du droit de l'asile et des étrangers. On se souvient de l'opération «Papyrus» à Genève qui, sur la base de critères sérieux et fondés, a permis de régulariser un nombre considérable de sans-papiers méritant et sans casier judiciaire. Faut-il le rappeler, cette initiative humaniste émanait de nos rangs du PLR.

Si ces personnes travaillent ici, si d'une manière ou d'une autre ils participent à notre économie et notre développement, il faut qu'ils puissent avoir un accès correct à la prévoyance sociale et de vieillesse. Il faut aussi qu'ils puissent participer à l'effort commun, notamment fiscal. Il est important de les faire sortir de l'ombre. En clair, qu'on leur donne une chance de s'intégrer durablement et pas uniquement de bénéficier d'une entrée gratuite à la piscine ou à la bibliothèque. Pour le Groupe PRR, il s'agit de résoudre un maximum de situations et non de perpétuer une réalité dérangeante. Nous pensons, par conséquent, que la motion ne va pas dans le sens que nous préconisons et qu'il est inutile de la redimensionner en postulat, car les constats et conclusions seraient les mêmes. Mieux vaudrait plutôt inciter le Conseil municipal à insister auprès du Canton et de la Confédération, qui sont compétents en la matière, pour que soit mise en œuvre une vaste action inspirée de «Papyrus», afin d'accélérer ces

procédures de régularisation au cas par cas. Le Groupe PRR votera contre la motion et contre sa transformation en postulat.

Wächter Olivier, UDC: Sans vouloir répéter ce qui vient d'être dit, je rejoins la plupart des éléments cités par mon collègue bourgeois. À mon sens, il existe suffisamment de documents légaux d'identification à disposition. Quel est le but de cette City-Card? Je vais un peu chatouiller la Gauche en lisant entre les lignes, si vous me le permettez. Est-ce que l'objectif recherché n'est pas de justifier la désobéissance civile, de légaliser l'illégalité? Je me permets de rappeler quand même que certaines personnes sans papiers – même si cette carte n'était soi-disant pas que pour les sans-papiers – sont en situation de délit au sens du droit Suisse. Je vous rappelle que toute personne, suisse ou non, doit pouvoir se justifier de son identité lors d'un contrôle des services autorisés. Il faudrait toujours avoir une pièce d'identité avec soi et on peut même être verbalisé si on ne l'a pas. En tant que personne réaliste ainsi que titulaire d'un brevet fédéral de policier ayant conservé de nombreux liens avec la profession et son entourage à divers niveaux, je me permets de faire une réflexion vérifiée et vérifiable à l'attention des personnes qui ont une vision un peu différente de la réalité. Sachez que dans la majorité des cas, les personnes sans papiers ou sans documents d'identification les ont détruits ou cachés volontairement, ceci afin de se soustraire à la justice. Dès lors, pensez-vous vraiment que ces personnes vont vouloir une City-Card? J'en doute fortement.

Comme je l'indiquais au début de mon intervention, il existe suffisamment de documents légaux à ce jour et la City-Card est donc totalement injustifiée et injustifiable. Sachez que la Ville de Bienne et la Suisse ne peuvent malheureusement pas accueillir toute la misère du monde sans mettre en péril sa propre situation. C'est d'une logique implacable qui n'est pas que valable pour Bienne ou la Suisse mais pour tous les pays du monde. Il y a déjà beaucoup de choses qui sont entreprises. Des documents légaux sont à disposition pour pouvoir s'identifier. Le plus important est qu'une partie des biennoises et biennois estime qu'il y a assez de documents et ne veut pas de cette City-Card. Vous leur devez également le respect. Pour toutes ces raisons, je vous demande de refuser l'adoption de cette intervention, que ce soit sous forme de motion ou de postulat.

Tenennbaum Ruth, Passerelle: Monsieur Paronitti, votre analyse est très pertinente mais comme on dit en allemand: «*Das Eine tun und das Andere nicht lassen.*» Vous avez entièrement raison, la situation des personnes sans papiers résidant en Suisse doit être prise en charge et régularisée. Toutefois, la City-Card est un moyen d'améliorer la situation d'autres personnes qui vivent aussi en Suisse, depuis longtemps. On a pu voir que la pandémie a isolé une partie de cette population et l'a mise dans une vraie précarité. La City-Card est donc un moyen d'aide. Je vous demande donc de réfléchir, à nouveau, sur la question car il s'agit d'adopter cette motion sous forme de postulat. L'adoption de ce dernier n'oblige pas la mise en place de la City-Card, mais demande à ce qu'on y réfléchisse.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: J'aimerais réagir à certaines choses qui ont été dites. Il y a un amalgame très douteux lorsqu'on parle des sans-papiers. Oui, il y a des sans-papiers qui engorgent nos tribunaux et prisons et ces personnes n'ont rien à faire en Suisse. Je serai le premier à être intransigeant. Il faut toutefois admettre qu'il y a une majorité de sans-papiers qui bossent, qui sont dans une situation telle qu'ils n'ont pas la possibilité de retourner chez eux et se retrouvent dans une situation inextricable.

Ils n'ont pas forcément voulu cacher leur identité mais les méandres de l'Administration font qu'ils sont là et qu'ils ont vocation d'être là. Aujourd'hui ce qui est demandé n'est pas la lune, mais uniquement que ces personnes puissent retrouver une dignité dans cette Ville et de pouvoir favoriser leur processus d'intégration car, ne vous en déplaise, elles resteront là. Cette proposition, je ne sais pas si je l'aurais acceptée sous forme de motion, mais sous forme de postulat, cela me semble une évidence. Il faudra songer, et je vais y songer aussi, pour qu'au niveau cantonal voir national une opération style «Papyrus» comme l'avait fait le Conseiller d'État déchu libéral radical genevois.

Wächter Olivier, UDC: Monsieur Hamdaoui, j'ai beaucoup de respect pour vous mais je souhaite ajouter que je n'arrive pas à cautionner le travail au noir. Je suis désolé! Peu importe qui en est responsable, mais cette forme de travail ne devrait pas exister. Je ne pense pas que la City-Card va résoudre ce problème, mais il s'agit uniquement de mon avis personnel.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Das Thema City-Card ist komplex und es herrscht tatsächlich eine gewisse Ratlosigkeit. Das umfangreiche Rechtsgutachten der Stadt Zürich legt die damit verbundenen Fragen und Schwierigkeiten dar. Unabhängig von den Fragen der Kosten und der Organisation ist das Ziel einer City-Card schwierig zu erreichen. Wenn sich eine Person ohne Aufenthaltsbewilligung etwa der Polizei gegenüber nur mit einer City-Card ausweist, legt sie ihren Status offen. Damit wird Sans-Papiers einen Bärendienst erwiesen. Wie könnte eine City-Card ausgestaltet werden, damit sie für einen grösseren Personenkreis interessant wäre? Möglich wäre eine Verbindung mit verschiedenen Dienstleistungen, die von vielen unterschiedlichen Personen genutzt werden. So wäre es nicht mehr von vornherein klar, dass die City-Card nur von Sans-Papiers genutzt wird. Wie soll die Stadtverwaltung aber feststellen, ob eine Person, die eine City-Card beantragt ohne im Einwohnerregister eingetragen zu sein, auch wirklich in Biel wohnt? Es könnte sich um eine Person aus Bern, Pieterlen oder sonst wo handeln, die von Dienstleistungen der Stadt Biel profitieren will. Diese Frage stellt sich vor allem dann, wenn das angebotene Dienstleistungspaket die Stadt etwas kostet. Das Rechtsgutachten der Stadt Zürich kommt zum Schluss, dass die City-Card für möglichst viele Leute interessant sein muss, damit sie nicht zu einem Erkennungsmerkmal von Sans-Papiers wird. Sie soll eine Dienstleistung der Stadt für ihre Einwohnenden mit oder ohne Aufenthaltsbewilligung sein. Zu klären sind auch organisatorische und finanzielle Fragen. Der zusätzliche Aufwand muss verkraftbar sein. Wenn beispielsweise vermieden werden soll, dass die Fremdenpolizei Zugriff auf die Datenbank erhält, müsste das Register für die City-Card einer anderen Dienstleistung übertragen werden, wobei es eine Schnittstelle zwischen dieser und dem Einwohnerregister geben muss. Auch kann die Stadtverwaltung der Kantonspolizei nicht vorschreiben, die City-Card als alleiniges Ausweisdokument zu akzeptieren. Ungeklärt ist auch, ob eine separate Datenbank wirklich vor dem Zugriff durch übergeordnete Behörden geschützt werden kann. Für den Gemeinderat bleiben viele Fragen offen. Ist eine City-Card zielführend? Werden die Lebensumstände der betroffenen Personen wirklich verbessert und lohnt sich der entsprechende Aufwand überhaupt? Der Gemeinderat will die weitere Entwicklung verfolgen und empfiehlt Ihnen deshalb die Umwandlung der Motion in ein Postulat.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je demande la parole car la dernière remarque de Monsieur Wächter m'a profondément choquée. Faire l'amalgame - même sous forme de blague - entre une couleur de peau et le travail au noir est vraiment

déplacé, à mon avis. Les racistes sont des gens qui se trompent de colère et je ne voudrais pas le laisser passer ici. (*applaudissements*)

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die Umwandlung in ein Postulat wird nicht bestritten. Es wird somit nur über die Erheblicherklärung abgestimmt.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, die Motion als Postulat erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

Sitzungsunterbruch: 20.20 Uhr - 21.30 Uhr

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: In der Pause haben sich zwei Ratsmitglieder gemeldet mit dem Wunsch, eine persönliche Erklärung gemäss Art. 54 der Geschäftsordnung des Stadtrats (SGR 1.5.1-1) abzugeben. Zuerst übergebe ich das Wort an Herrn Hamdaoui, anschliessend spricht Herr Wächter.

135. Persönliche Erklärungen

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Chère Madame Steidle, cher Monsieur Wächter, j'aimerais tuer dans l'œuf un début de polémique un peu absurde qui fait suite au débat que nous avons eu tout à l'heure. Il s'agit du moment où Monsieur Wächter a utilisé une expression assez courante en parlant de travail au noir, mais dans laquelle Madame Steidle, d'une manière humaniste que je respecte et admire profondément, a décelé une forme de racisme à mon encontre. Pour moi, ce n'est pas le cas. Avec Monsieur Wächter, nous avons des divergences politiques de fonds sur des questions qui me tiennent particulièrement à cœur, comme la politique migratoire et l'asile. On sait sur ce point que nous ne serons jamais d'accord, mais nous avons aussi eu l'occasion de nous connaître et de discuter ensemble. J'ai l'intime conviction que vous n'êtes pas une personne raciste et que l'expression que vous avez utilisée tout à l'heure ne me visait pas. Je vous demande de ne pas avoir de surréaction lorsque de tels propos sont émis. Je le dis publiquement: très cher Monsieur Wächter, je vous «blanchis!».

Wächter Olivier, UDC: Merci, Monsieur Hamdaoui. Effectivement, ce que vous avez dit est exact. Toutefois, je considère l'accusation de racisme faite à mon encontre comme grave. Elle m'a profondément blessé et je vais vous expliquer pourquoi. À part Monsieur Hamdaoui, j'ai d'autres amis de couleurs, black, noir, comme vous le souhaitez. Je ne fais pas une fixation sur les termes. Je comprends tout à fait la mauvaise interprétation faite par Madame Steidle, mais si je prends la parole maintenant, c'est que je souhaite que les choses soient claires et écrites. J'ai été blessé par cette interprétation involontaire et je pardonne. Je souhaite ajouter qu'il m'est arrivé en tant que membre de l'UDC, lors d'une soirée JUSO dans un pub de Bienne, de danser avec une de leurs membres. Je ne suis donc pas si méchant que cela et plutôt

ouvert. Je voudrais juste que Madame Steidle retire ses propos à mon attention, si cela était possible. Merci.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Wir setzen die Beratung der traktandierten Geschäfte fort.

136. Motion 20200362, Scheuss Urs, Grüne, «Laubbläserei und -saugerei»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Scheuss Urs, Grüne: Um Missverständnissen vorzubeugen: Im vorliegenden Vorstoss geht es nicht um ein Verbot, sondern um eine Einschränkung. Die Motion folgt einer Empfehlung des Bundesamtes für Umwelt. Es geht darum, den Gebrauch von Laubbläsern über das Ortspolizeireglement (SGR 5.5-1) einzuschränken. Nebst allgemeinen Ruhezeiten enthält dieses bereits heute Sonderbestimmungen für Feuerwerks- und Knallkörper sowie technische Geräte zur Tonwiedergabe. Es ist also formell durchaus möglich, eine Regelung für Laubbläser und -sauger hinzuzufügen, wie es die Motion verlangt. Es geht aber nicht nur um den Lärm, sondern diese Geräte zerstören auch Bodenlebewesen. Darüber hinaus verschmutzen sie die Luft, da viele Laubbläser mit einem Zweitaktmotor funktionieren. Zum Teil werden die Geräte nicht nur benutzt, um Laub zu entfernen, sondern auch zur generellen Bodenreinigung, womit Abfall in der Luft herumgewirbelt wird. Das Problem ist also mehr als nur ein Lärmproblem, aber zurzeit kann es nur mittels Ortspolizeireglement angegangen werden, das eben nur die Lärmemissionen reguliert. Die Antwort des Gemeinderats ist enttäuschend. Er sieht das Problem nicht. Mir bleibt nichts Anderes übrig, als zu **beantragen, an der Motion festzuhalten und erheblich zu erklären.**

Stettler Urs, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist mit der Antwort des Gemeinderats in allen Punkten einverstanden. Herr Scheuss, Sie haben richtig bemerkt, dass viele Kleinlebewesen durch den Gebrauch von Laubbläsern sterben. Dies würde aber auch mit Akku- oder Elektrogeräten passieren, welche auch über Messer und über die gleiche Saugkraft verfügen. In meinem Wohnquartier wird das Laub im Herbst nicht mehr aufgesaugt, sondern liegen gelassen. Viel besser wäre es, das Laub zu Haufen zusammenzuwischen, um Tieren eine Überwinterungsmöglichkeit zu bieten. Es geht aber auch um Lärmemissionen. In meinem Quartier sind sehr selten Geräte mit Benzinmotor im Einsatz. Die Geräte sind teuer und deren Unterhalt ist aufwändig. Auch «Profis» wie die Stadtgärtnerei stellen vermehrt auf Akkugeräte um. Zudem sorgt das Ortspolizeireglement mit den vorgegebenen Ruhezeiten bereits heute für einen geregelten Einsatz der Geräte. Die Einwohnenden halten sich an die Vorgaben. Für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist der vorliegende Vorstoss unnötig.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Da es im Vorstoss vor allem um das Ortspolizeireglement geht, betrifft der Vorstoss die Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) nur bezüglich der Frage zur Stadtgärtnerei. Diese setzt möglichst wenig Geräte mit Benzinmotor ein. Geprüft werden könnte sicher, ob auf den Gebrauch der

Geräte gänzlich verzichtet werden kann. Was das Ortspolizeireglement anbelangt, übergebe ich das Wort gerne an Herrn Gemeinderat Feurer.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Wenn Sie, Herr Scheuss, eine Lärmreduktion und Verbesserung der Gartenfauna erreichen wollen, muss bei den Rasenmähern angefangen werden. Rasenmäher sind sehr zahlreich und lärmintensiv im Einsatz. In meinem Quartier, in dem es viele Gärten hat, habe ich noch nie einen Laubbläser gehört, Rasenmäher hingegen regelmässig über mehrere Grundstücke hinweg. Geschätzt 80-90% des Laubs wird nicht mit Laubbläsern, sondern mit Rasenmähern entfernt. Ausserdem beeinträchtigen Rasenmäher die Gartenfauna in einem weitaus höheren Ausmass als Laubbläser. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass alle solchen Gerätschaften gleich behandelt werden sollen. Insgesamt treffen die Äusserungen von Herr Stettler zu und die Gärten werden zunehmend naturnah und umweltbewusst bewirtschaftet. Den Einsatz der Geräte zeitlich einzuschränken ist nicht zielführend, da sich damit bezüglich Gebrauch und Wirkung gesamthaft nichts ändert. Lärm und Zerstörung der Kleinlebewesen werden auch mit einem Verbot von Laubbläsern und -saugern nicht eingedämmt. Im Übrigen wurden bei der letzten Revision des Ortspolizeireglements die erlaubten Nutzungszeiten der Gartengeräte auf Anregung des damaligen Stadtrats ausgedehnt. Das Anliegen entsprach damals einem Wunsch der Bevölkerung. Der Gemeinderat würde es bedauern, dies nun wieder rückgängig machen zu müssen und empfiehlt Ihnen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Scheuss, Grüne, die Motion erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt.

137. Überparteiliche Motion 20200364, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Sprenger Titus, Passerelle, Augsburger-Brom Dana, Passerelle, Heiniger Peter, PdA, «Einsetzen einer ständigen Finanzkommission des Stadtrates»

(Text der Motion und Antwort des Stadtratsbüros siehe Anhang Nr. 6)

Das Stadtratsbüro beantragt dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Für Passerelle steht ausser Frage, dass eine Finanzkommission geschaffen werden muss. Dem Antrag des Stadtratsbüros (SRB), das Anliegen im Rahmen der Revision der Stadtordnung (SGR 1.0-1) zu prüfen, werden wir uns aber nicht widersetzen. Es ist aber klar, dass der Stadtrat in Finanzfragen kompetenter werden muss, um seine Entscheide fundiert und mit der nötigen Sorgfalt fällen zu können. Persönlich würde ich gerne einen Kurs zu HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2) für Parlamentsmitglieder besuchen, falls es ihn denn gäbe. Diesen Wunsch deponiere ich hiermit bei der Finanzdirektorin, Frau

Steidle. Der Argumentation des Gemeinderats können wir wenig abgewinnen. Wir bezweifeln, dass eine grosse Mehrheit der vergleichbaren städtischen Parlamente bloss noch über eine einzige Aufsichtskommission verfügt. Und was heisst hier «vergleichbar» überhaupt? Der Stadtrat wird an fast an jeder seiner Sitzungen bei den Genehmigungen der Kreditabrechnungen durch die GPK daran erinnert, dass die Abrechnungen nicht korrekt erfolgten, dass ein IKS nach wie vor fehlt und dass Informationen nicht vorliegen. Von der Beratung von Budget, Finanzplan und Jahresrechnung rede ich schon gar nicht. Das SRB schlägt vor, die Forderung der vorliegenden Motion der RSO zu übertragen und sie im Rahmen der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrats zu behandeln. Ausserdem beantragt das SRB, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln und abzuschreiben. Die Urhebenden sind mit der Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat einverstanden, **beantragen aber, die Abschreibung abzulehnen**, da die materielle Prüfung im Rahmen der Arbeiten zur Revision der Stadtordnung zu erfolgen hat.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Wie im Bericht des SRB erwähnt, hat die Fraktion GLP+ die Schaffung weiterer vorberatender Stadtratskommissionen bereits in der RSO thematisiert. Damals leider erfolglos. Verschiedene Debatten der letzten Monate haben aber gezeigt, dass nun ein Umdenken stattfinden könnte. Das Thema der vorliegenden Motion ist wichtig und richtig. Die Fraktion GLP+ ist überzeugt, dass Qualität und Effizienz der Ratsarbeit mit vorberatenden Kommissionen verbessert würden. Ein rechtzeitiger Einbezug des Stadtrats verbessert den Austausch zwischen Gemeinderat, Verwaltung und Parlament. Damit würde der Informationsstand der Stadtratsfraktionen und die Gestaltungsmöglichkeiten des Stadtrats erhöht. Wie oft standen die Stadtratsmitglieder in den letzten Jahren vor der «Friss oder stirb»-Frage und wurden aus Zeitgründen zu einem Ja oder Nein gedrängt? Wie oft mussten sie jeweils einem Geschäft «mit der Faust im Sack» zustimmen, obwohl sie es in den Details gerne anders gehabt hätten? Dies könnte mit einem frühzeitigen Einbezug der vorberatenden Kommissionen verhindert werden. Auch langwierige Detailverhandlungen an den Stadtratssitzungen könnten damit verkürzt werden. Die Fraktion GLP+ unterstützt eine umfassende Prüfung der Thematik auch über die Schaffung einer Finanzkommission hinaus. Wir begrüssen die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat, sind aber auch gegen eine Abschreibung zum heutigen Zeitpunkt. Ein Satz aus dem Bericht des SRB hat mich ehrlich gesagt ein bisschen auf die Palme gebracht. Im ersten Abschnitt auf Seite 2 steht: *«Der Gemeinderat erinnert zudem daran, dass die mit dem Stadtrat Biel vergleichbaren städtischen Parlamente heute in ihrer grossen Mehrheit über eine einzige Aufsichtskommission verfügen, welche gleichzeitig die Aufgaben von vorberatender Kommission und Aufsichtskommission übernimmt.»* Das ist falsch! Das Gegenteil ist der Fall. Was ist mit vergleichbaren städtischen Parlamenten gemeint? Ich nehme an, dass damit Parlamente in Städten von ähnlicher Grösse wie Biel gemeint sind. Ich nahm mir die Mühe und habe Biel mit den Stadtparlamenten der fünf nächstgrösseren und fünf nächstkleineren Städte in der Schweiz verglichen. Bei den fünf grösseren hat die Stadt St. Gallen fünf ständige Stadtratskommissionen, davon vier vorberatende und die GPK. Luzern und Winterthur haben beide vier Kommissionen, wovon drei vorberatend sowie zusätzlich eine GPK. Im Stadtparlament von Bern sind die fünf ständigen Kommissionen aufgeteilt in drei vorberatende, eine Aufsichtskommission sowie eine Agglomerationskommission. Bei den fünf kleineren Städten hat die Stadt Neuenburg mehrere Legislativkommissionen. Thun hat sechs Kommissionen, je eine pro Direktion sowie eine Budget- und Rechnungskommission. Köniz verfügt über eine Finanzkommission, eine GPK und eine ständige Redaktionskommission. La Chaux-de-

Fonds hat mehrere Legislativ- sowie Aufsichtskommissionen. Die Stadt Freiburg hat eine Bau-, eine Finanzkommission und momentan eine Fusionskommission. Entgegen der im Bericht erwähnten Feststellung des Gemeinderats ist die Stadt Biel also die absolute Ausnahme.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Die Finanzkommission in Biel wurde seinerzeit aus zwei Gründen in die GPK integriert: Einerseits erwies sich die Abgrenzung zwischen den Aufgaben der beiden Kommissionen als schwierig. Teilweise wurden dieselben Themen zweimal, oft mit leicht abweichendem Ergebnis diskutiert. Andererseits wurde die Finanzkommission aufgelöst, weil nicht ausreichend kompetente Stadtratsmitglieder für diese Kommission gefunden werden konnten. Die Fraktion FDP geht mit Herr Briechle einig, dass Finanzthemen wichtig sind. Der Stadtrat muss jedoch eingehend prüfen, ob sich genügend Mitglieder finden lassen, die sich mit Finanzthemen beschäftigen wollen und können. Stand heute hält sie die Lösung mit einer Kommission GPK für richtig, auch wenn der Vergleich von Herrn Briechle zeigt, dass vergleichbare Städte wesentlich mehr Kommissionen haben. Tatsache ist aber, dass wir alle als Stadtratsmitglieder Zeit einsetzen müssen für diese Aufgabe. Es ist manchmal erstaunlich, wie unvorbereitet einige Stadtratsmitglieder manchmal über Geschäfte beraten und wie wenig sich die Fraktionen bei der Vorbereitung untereinander absprechen. Die Fraktion FDP unterstützt den Vorstoss als Postulat und will diesen nicht abschreiben. Aber: Kommissionsarbeit bedeutet Arbeit und vor allem auch die Bereitschaft zum Dialog mit anderen, die eine ganz andere Sicht auf die Dinge haben.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Argumente gegen die Schaffung einer Finanzkommission sind in der Antwort des SRB zusammengefasst: aufwändige längere Prozesse, Zuständigkeitsprobleme, fehlendes Finanzfachwissen im Stadtrat. Zudem der Widerspruch zum grundsätzlichen Ziel von weniger statt mehr Kommissionen und schliesslich auch die Kostenfolgen und der Personalbedarf. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen teilt diese Haltung. Nun wurde aber an der Stadtratssitzung vom 28. April 2021 beschlossen, eine Sozialbehörde zu schaffen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen unterstützte damals diese Forderung nicht. Wäre es aber nach der Schaffung einer Sozialhilfekommission nicht nur konsequent, auch der Schaffung einer Finanzkommission zuzustimmen? Und, wenn die erforderlichen Kompetenzen für die Mitwirkung in einer stadträtlichen Finanzkommission zu hoch sind, müsste diese nicht zusätzlich auf FachexpertInnen ausgeweitet werden im Sinne eines Fachgremiums? Könnte damit eine Trendwende der Bieler Finanzsituation herbeigeführt werden? Denn bekanntlich fusst die Bieler Finanzlage auf strukturellen Problemen. Sollte diese Annahme wirklich zutreffen, wäre die Fraktion SVP/Die Eidgenossen bereit, dem Anliegen zuzustimmen. Falls jedoch mit einer zusätzlichen Kommission kein Mehrwert entsteht und nur die Stadtverwaltung und die Prozesse zusätzlich belastet werden, sieht die Fraktion SVP/Die Eidgenossen keinen Nutzen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird den Vorstoss dennoch als Postulat unterstützen.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR n'a pas vraiment compris cette motion. Ce sujet a déjà été discuté au sein de notre groupe et quelques personnes étaient déjà au Parlement lorsque la Commission des finances a été supprimée. Pourquoi cette suppression? Comme cela a déjà été dit à plusieurs reprises, nous sommes un Parlement de milice et nous n'avons pas le temps de faire partie de maintes commissions et passer plusieurs soirées par mois dans des commissions. Pourquoi

vouloir ajouter une commission de plus, dont les tâches se recoupent en grande partie avec celle de la Commission de gestion (CDG)? Cela signifie qu'il faudrait trouver huit parlementaires de plus qui s'investissent autant que les membres de la CDG. Le Groupe PRR ne comprend pas pourquoi cette motion a été déposée et ne soutiendra ni cette motion ni ce sujet. Toutefois, s'il faut en discuter, ce sera dans le cadre de la révision totale du Règlement de la Ville et non pas aujourd'hui.

Sprenger Titus, Passerelle: Die Frage der Kompetenzen stellt sich auch bezüglich der GPK. Ist die GPK heute kompetent genug, um die ihr zugewiesenen Geschäfte zu prüfen? Ehrlicherweise müssen wir zugeben, dass kaum alle 60 Stadtratsmitglieder immer alles verstehen, wenn es um die Finanzen geht. Bei den Details ist Spezialwissen gefragt. Im vorliegenden Vorstoss wird nichts über die Anzahl der Kommissionsmitglieder gesagt, auch nicht ob diese intern oder extern gestellt werden sollen. Dies wurde offengelassen und bietet durchaus Chancen. Ich bitte Sie, den Vorstoss erheblich zu erklären.

Scheuss Urs, Grüne: Ich äussere mich nicht materiell zum vorliegenden Vorstoss, erlaube mir aber, als Präsident der Spezialkommission «Totalrevision Stadtordnung» (RSO) eine Bitte vorzubringen. Ich gehe davon aus, dass Sie von Ihren Kommissionsmitgliedern RSO oder Ihren Fraktionspräsidien über das weitere Vorgehen betreffend Revision der Stadtordnung (SGR 1.0-1) informiert wurden. Die RSO-Kommission setzt ihre Beratungen nach den Sommerferien 2021 fort. Zu Beginn wird sie eine Auslegeordnung der Themen vornehmen, die in die Revision der Stadtordnung oder in der darauf gestützten Anpassung der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 1.5.1-1) oder der Finanzordnung (SGR 6.2-1) behandelt werden sollen. Es ist schwierig, wenn diesbezügliche Vorstösse erst zu einem so späten Zeitpunkt des Prozesses eingereicht werden. Ich bitte Sie deshalb, allfällige diesbezügliche Anliegen über Ihre Mitglieder in der Kommission RSO einzubringen. Natürlich kann jedes Stadtratsmitglied jederzeit einen Vorstoss einreichen. Es würde aber die Arbeit der RSO-Kommission sehr erleichtern, wenn die Anliegen direkt bei der Kommission RSO eingegeben werden.

Bord Pascal, au nom du BCV: Je vous remercie de vos interventions. Par soucis de garantir la cohérence et la qualité du débat, le Conseil de ville avait réduit le nombre de ses commissions. Ainsi, en 2001, la Commission de gestion (CDG) avait été fusionnée avec la Commission des finances. Lors du débat sur le nouveau règlement de la Ville (RDCo 1.0-1), le Conseil de ville avait déjà refusé, le 20 novembre 2019, la proposition du PVL d'introduire une commission des finances. Les arguments de 2001 rappelés en 2019 restent valables. L'introduction d'une telle commission compliquerait le fonctionnement du travail parlementaire. Suffisamment de membres du Conseil de villes compétents se mettront-ils à disposition pour ce travail important? Une commission supplémentaire chargerait également davantage le Secrétariat parlementaire, qui est déjà plus que chargé. Une augmentation des ressources de ce dernier en serait également la conséquence. Ce changement fait-il du sens? Le plénum du Parlement n'est pas le lieu pour débattre et répondre à ces questions; ces discussions devraient se dérouler dans le cadre de la Commission spéciale «Révision totale du Règlement de la Ville» (RRV), qui s'occupera aussi de la révision du Règlement du Conseil de ville qui s'en suivra. Le BCV vous propose de transformer cette motion en postulat, de l'adopter et de le radier du rôle comme étant réalisé. La radiation du rôle ne changera rien puisque le thème sera de toute façon traité par la Commission spéciale, mais elle évitera de devoir prolonger les délais et ainsi créer du

travail supplémentaire inutile. Concernant la remarque de Madame Tennenbaum concernant les cours MCH2: le Canton en avait organisé un pour toutes les communes lors de l'introduction de ce système. Malheureusement, peu de membres du Conseil de ville s'y étaient intéressés. Le domaine des finances est un métier. Les personnes qui souhaitent s'y plonger davantage, je les encourage à faire un CAS en finances publiques organisé par les Hautes écoles.

Bohnenblust Peter, FDP: Wie wird Finanzpolitik gemacht, meine Damen und Herren? An jeder Stadtratssitzung entscheiden wir über finanzrelevante Themen. Jeder Vorstoss und jedes grosse Projekt hat Kostenfolgen. Wir als Stadtratsmitglieder sind somit mit jedem Beschluss für die Finanzen dieser Stadt zuständig. Vorhin wurde erwähnt, dass Biel mit nur einer Kommission die Ausnahme bildet. Biel ist auch in vielen anderen Bereichen eine Ausnahme und fährt bis jetzt damit nicht schlecht. Die Schaffung einer Finanzkommission kostet viel und will gut überlegt sein. Ob dies der richtige Weg angesichts der schwierigen Finanzlage ist, bleibt fraglich. Überlegen wir doch vielmehr bei der Beratung der einzelnen Geschäfte besser, wie die Finanzen entlastet und nicht noch mehr belastet werden können...

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat scheinen alle einverstanden zu sein. Wir stimmen deshalb nun darüber ab, ob der Vorstoss als Postulat auch abgeschrieben wird.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Tennenbaum, den Vorstoss als Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen. Der Vorstoss wird somit als Postulat erheblich erklärt.

138. Postulat 20200365, Scheuss Urs, Grüne, «Die Stadt Biel wird Fair Trade Town»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Scheuss Urs, Grüne: Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass sich das Anliegen des Vorstosses nun im Rahmen der am 1.1.2021 in Kraft getretenen Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB; SR 172.056.1) umsetzen lässt. Inwiefern die Umsetzung des Anliegens zusätzlichen Aufwand generieren wird, hängt vom Gemeinderat ab. Ich erinnere aber daran, dass sich Organisationen und Institutionen manchmal von der Stadtverwaltung inspirieren lassen. Das gilt beispielsweise für das Spitalzentrum Biel, das sich von der Gemeindeinitiative «Für eine gesunde Ernährung» inspirieren lässt und vermehrt lokal und in Bioqualität einkaufen möchte.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR salue la proposition du Conseil municipal de se pencher sur la charge et les coûts qu'impliqueraient l'obtention de la distinction «Fair Trade Town» et remercie l'initiant pour son postulat. Toutefois, nous nous posons quelques questions qui méritent d'être partagées:

- Quel est le coût pour obtenir ce label et à qui servirait-il concrètement?
- Qui est concerné et à quelle hauteur?
- Quelles seraient les répercussions de ce label sur les commerçant(e)s de la Ville et donc les consommateurs et consommatrices?
- Ne faudrait-il pas plutôt proposer que les restaurants gérés par la Ville soient gérés de manière durable et responsable et ne s'approvisionnent qu'uniquement dans le respect de ces valeurs?

En conclusion, le Groupe PSR demande au Conseil municipal de tenir compte dans son analyse également des critères sociaux en plus des critères écologiques.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Fair Trade-Produkte zu kaufen ist eine gute Sache. Eine Staatsaufgabe ist es aber nicht. Es ist übertrieben, die BürgerInnen diesbezüglich zu erziehen und die Mitarbeitenden zu schulen. Soll sich die Verwaltung der defizitären Stadt Biel von ihrer Arbeit ab- und dem fair gehandelten Kaffee zuwenden? Soll sie den Detailhandel darin unterweisen, nur Fair Trade-Produkte zu verkaufen? Was würde die Stadtverwaltung stattdessen nicht mehr tun, um die Kosten nicht weiter ansteigen zu lassen? Ein weiteres Label mit entsprechenden administrativen Tätigkeiten und ein weiteres Erziehen ist unnötig und auch keine Staatsaufgabe. Die Fraktion FDP lehnt den Vorstoss ab.

Steidle Silvia, directrice des finances: J'aimerais tout d'abord commencer mon intervention en m'adressant à Messieurs Hamdaoui et Wächter. Je vous remercie pour vos déclarations faites en début de cette seconde partie de séance. Je vous remercie d'avoir réagi à mon intervention en précisant vos propos. Si j'ai pris la parole, c'est parce que j'estime que déclarer aujourd'hui «*Je ne suis pas raciste, j'ai un ami noir*» ne suffit pas. C'est toute la différence entre ne pas être raciste et être anti-raciste. Vous m'avez demandé, Monsieur Wächter, de retirer mes allégations et je le fais très volontiers, car Monsieur Hamdaoui vous a blanchi avec l'éloquence qu'on lui connaît. Cependant, je vous invite à devenir ouvertement anti-raciste car la neutralité en la matière n'existe pas.

J'en viens maintenant à l'objet qui nous occupe. Si le monde des programmes, des certificats, des labels pour le développement durable est vaste, celui des causes qui méritent le soutien des collectivités publiques est intarissable. Le Conseil municipal ne souhaite pas se lancer dans une course à la labélisation, mais prévoit de procéder de manière pragmatique et participer aux programmes qu'il a les moyens de réaliser, Madame Moeschler. En l'occurrence, la distinction «Fair Trade Town» n'est pas une nouvelle mode, mais un label qui existe depuis une vingtaine d'années en Angleterre et est relativement bien soutenue par les communes allemandes. En Suisse, une quinzaine de villes et communes ont obtenu la distinction. La première, Monsieur Cadetg, a été Glaris Nord dont le Maire Martin Lauper, FDP, a été la force motrice pour l'obtention de cette distinction. Cette ville a été très vite suivie par Zweisimmen (Ueli Zeller, UDC). Il faut, pour chaque commune, se poser la question des moyens qu'elle a pour soutenir le commerce équitable, qu'il y ait ou non une distinction à la clé. C'est ce que le Conseil municipal propose de faire en vous remerciant d'adopter ce postulat.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

139. Postulat 20200367, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Umgang mit illegalen Landnahmen auf Stadtgebiet»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Schneider Sandra, SVP: Das Thema des vorliegenden Postulats könnte nicht aktueller sein. Während mehrerer Wochen war das Seeland und insbesondere die Stadt Biel Anziehungspunkt für ausländische Fahrende. Die Stadtregierung hat in dieser Sache eigentlich keinen guten Eindruck hinterlassen. Die Fahrenden nahmen das Gelände bei der Tissot-Arena in Beschlag und vom Gemeinderat hörte man tage- und sogar wochenlang nichts - bis plötzlich der Stadtpräsident entschied, die Fahrenden wegweisen zu lassen. Das Problem der illegalen Landnahmen akzentuiert sich aber zusehends. Zu Spitzenzeiten befanden sich rund 100 Wohnwagen in Biel. Teilweise wurden Absperrungen entfernt und Sachschäden verursacht. Mit dem vorliegenden Vorstoss wollte ich prüfen lassen, wie die Stadtverwaltung in Zukunft mit illegalen Landnahmen umgehen will und welche baulichen (temporären oder fixen) Massnahmen getroffen werden, um dies zu verhindern. Bis jetzt hat die Stadtverwaltung erst gar nicht und dann nur zögerlich reagiert. Diese Haltung geht auch aus der Beantwortung des Gemeinderats hervor. Ich frage deshalb den Gemeinderat direkt, ob er die illegalen Landnahmen einfach so akzeptiert und nicht dagegen vorgehen will? Ich wünsche mir, dass der Gemeinderat Profil zeigt und klare Regeln aufstellt, um zukünftige illegale Landnahmen zu verhindern. Ich bin der Meinung, dass meine Forderung nach einer Prüfung dieser Fragen mit der vorliegenden Beantwortung nicht erfüllt wurde und **beantrage, das Postulat erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben**. Es geht eigentlich nicht um die Fahrenden, sondern um die Stadtverwaltung. Durch ihre passive Haltung lässt sie sich quasi auf der Nase herumtanzen. Hier müsste aber eine klare Haltung gezeigt und Grenzen gesetzt werden. Ich persönlich sehe die Schaffung von weiteren Plätzen für Fahrende nicht als Lösung, weil die heutigen Massnahmen bei illegalen Landnahmen zu wenig greifen und die Problematik weiter zunehmen wird. Ich bitte Sie, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Gegen illegale Landnahmen gibt es eine Lösung: Plätze für Fahrende zu schaffen. Diejenigen jedoch, die sich an den illegalen Landnahmen stören, sind die gleichen, die auch die Schaffung von Plätzen bekämpfen. Im Kanton Bern und in der Region hat allen voran die Junge SVP in den letzten Jahren regelrecht gegen die Fahrenden gehetzt. Die Kampagne verfängt inzwischen, wie aus den Leserbriefspalten der Zeitungen hervorgeht. Es wird immer schwieriger, Plätze für Fahrende zu schaffen, so vergiftet ist inzwischen das Klima. Umso erfreulicher und wichtiger ist das Engagement jener, welche sich für neue Plätze einsetzen, allen voran

die Regierungsstatthalterin. Der Antiziganismus ist ein alter etablierter Rassismus, und wir befinden uns in einer typischen Rassismusspirale. Diskriminierung führt zu Konflikten, Konflikte führen zu weiterer Diskriminierung und Ausgrenzung. Das ist das Spiel des Rassismus, und ich bitte Sie alle, dieses Spiel nicht mitzuspielen. In dieser angespannten Situation ist eigentlich nur noch bedingungslose Solidarität mit den Fahrenden angebracht. Ich danke denjenigen, welche sich weiterhin unermüdlich für Plätze für Fahrende einsetzen. Ihre Arbeit geschieht oft im Stillen und ohne Dank der Öffentlichkeit. Die Fraktion Grüne lehnt die Erheblicherklärung des Postulats ab.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je vous remercie pour vos interventions. Il n'existe malheureusement pas de solution toute faite en la matière. Il ne suffit pas de dire et décider de vouloir régler la situation pour que cela se réalise immédiatement. Dans la réponse du Conseil municipal, vous pouvez constater toute la complexité du type de terrains qui peuvent être occupés et les différences légales y relatives. Suite aux dernières occupations, les Conseillères municipales et Conseillers municipaux responsables de cette question se sont retrouvés pour trouver une solution. Elle a été trouvée et vous pouvez donc suivre le Conseil municipal dans sa proposition en adoptant ce postulat comme réalisé. S'il s'agit de terrains appartenant au patrimoine administratif et financier se trouvant sur la Commune de Bienne ou de Nidau, la responsabilité est du ressort de Monsieur Feurer, en collaboration avec mes services. Ceci évitera de se renvoyer la balle selon le type de terrain occupé et permettra de gérer les situations de manière plus suivie. Il est clair que la situation est plus simple quand des terrains existent qui peuvent servir d'aires de séjour ou de transit pour les gens du voyage. Une seule place à Bienne ne suffira pas, on le sait. Il y a environ 140 caravanes qui aimeraient s'installer sur l'ensemble du territoire Bienne-Seeland. Il faut donc plusieurs terrains et une collaboration non seulement à l'intérieur de nos services, mais également avec les autres communes est nécessaire.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die Postulantin möchte den Vorstoss nicht abschreiben und die Fraktion Grüne will ihn nicht erheblich erklären.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Schneider, das Postulat erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit nicht erheblich erklärt.

140. Postulat 20200366, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «Baustellen - für zu Fussgehende viel zu oft ein Absteller»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Epper Bettina, Grüne: Zu Fuss gehen ist die älteste, ökologischste, gesündeste, billigste und sozialste Fortbewegungsart überhaupt und ausserdem das wichtigste

Fortbewegungsmittel in den Städten. FussgängerInnen sind zahlenmässig die stärksten Verkehrsteilnehmenden. Gemäss Bundesamt für Statistik werden in der Schweiz 41% aller Wegetappen zu Fuss zurückgelegt. Zudem beginnt und endet jede Etappe unabhängig vom weiteren Verkehrsmittel zu Fuss. FussgängerInnen sind also die grösste Gruppe der Verkehrsteilnehmenden. Was deren Sicherheit betrifft, sind sie allerdings die schwächste. Obwohl der Fussverkehr eine mit dem motorisierten Verkehr vergleichbar wichtige Rolle spielt, wird er immer noch unterschätzt. FussgängerInnen werden immer mehr an den Rand gedrängt und können sich selbst auf Trottoirs oft nicht mehr sicher bewegen. In den letzten Jahren wurden die Verbindungen für den motorisierten Verkehr stets verbessert. Der Fussgängerverkehr hat hingegen mit zunehmend schlechteren Verbindungen zu kämpfen. Auch in der Stadt Biel wird diese bedeutende Gruppe von Menschen leider nicht genügend ernst genommen. Das zeigt nicht nur die Beantwortung des Gemeinderats auf den vorliegenden Vorstoss, sondern auch die Antwort auf weitere, heute Abend traktandierte Vorstösse. Der Gemeinderat hat kürzlich noch mehr Anbieter von Verleihtrottinetts zugelassen, obwohl dazu noch ein Vorstoss hängig ist und die Bedenken der Bevölkerung gross sind. Ich komme nun zur Beantwortung des vorliegenden Vorstosses. Der Sachplan Velo 2035 der Stadt Biel enthält einen Massnahmenplan bezüglich Baustellen, entsprechende Massnahmen seien aber in einem «Sachplan Fussverkehr» undenkbar. Denn schliesslich, so schreibt der Gemeinderat: *«...dürfen nicht einseitig die Interessen einer Anspruchsgruppe in den Vordergrund gestellt werden.»* Wenn also Velofahrende sicher durch Baustellen geführt werden wollen, ist das berechtigt. Stellen FussgängerInnen dieselbe Forderung, ist das ein Partikularinteresse, welchem nicht entsprochen werden muss. Die Botschaft ist deutlich und zeigt, wie nötig die Interessenwahrnehmung für FussgängerInnen ist. Immerhin hat der Gemeinderat bereits Schritte unternommen, um die Signalisation zu verbessern. Das freut mich und ich bin mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

141. Postulat 20200410, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «Nachhaltige Weihnachten in Biel»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Epper Bettina, Grüne: Es ist schade, dass der Gemeinderat keine Möglichkeiten sieht, neue Ideen für einen nachhaltigen Weihnachtsbaum aufzugreifen. Die Gemeinde Tramelan geht anders vor. Sie hat entschieden, dieses Jahr zwei fünf Meter grosse Tannenbäume an zwei verschiedenen Standorten zu pflanzen und sie in der Weihnachtszeit zu schmücken. An einer dritten Stelle, die sich nicht für einen Tannenbaum eignet, werden Jugendgruppen etwas Weihnachtliches kreieren. Ich bin gespannt, wie sich dieses neue Konzept in Tramelan bewähren wird, und wer weiss? Vielleicht wird auch in Biel Weihnachten eines Tages ein bisschen anders gefeiert werden. Ich bin mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Loderer Benedikt, Grüne: Das Schlimme an Weihnachten ist nicht die Tanne, sondern die klebrige amerikanische Tonmelasse aus weihnächtlicher Unterhaltungsmusik, die tagsüber ununterbrochen aus den Lautsprechern tropft. Das ist eine Verschandelung und nicht akzeptabel...

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

142. Überparteiliches Postulat 20200412, Koller Levin, JUSO, Steinmann Alfred, SP, Briechle Dennis, GLP, Scheuss Urs, Grüne, Tennenbaum Ruth, Passerelle, «Eine velofreundliche Nord- und Südachse»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Koller Levin, SP: In den nächsten Jahren wird der Stadtrat über die Neugestaltung der Nord- und Südachse diskutieren. Das Vorhaben wird viel Geld kosten. Deshalb ist es wichtig, dass der Gemeinderat dem Stadtrat ein gutes Projekt vorschlägt, das sich am Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 7.6-1) orientiert. Die Situation für den öffentlichen Verkehr (ÖV) ist bereits heute gut. Bei einer Neugestaltung der erwähnten Achsen muss deshalb konsequent auf die Anliegen der sanften Mobilität und insbesondere des Veloverkehrs eingegangen werden, weil sich die langen Achsen für den Veloverkehr besser eignen als für den Fussverkehr. Der Gemeinderat hat im Juli 2020 Planungsgrundsätze für die verschiedenen Abschnitte der beiden Achsen verabschiedet. Der Abschnitt auf der Mettstrasse sieht mit baulich abgetrennten Velospuren wirklich gut aus. Auf anderen Abschnitten wie der Madretschstrasse oder der Kanalgasse werden die Anliegen des Veloverkehrs aber leider missachtet. Der Gemeinderat muss dort nachbessern. Die Urhebenden des Postulats schlagen deshalb Verbesserungen vor und fordern den Verzicht auf Mehrzweckstreifen. Biel könnte eine Velostadt werden. Mit Mehrzweckanstelle von Velostreifen wird dies jedoch nicht erreicht. Konkret würden die Mehrzweckstreifen sogar zu einer Verschlechterung gegenüber dem Status quo führen. Das geht so nicht. Es freut mich, dass der Gemeinderat offen für die Vorschläge ist und das Postulat erheblich erklären lassen will. Ich hoffe, dass der Gemeinderat die Anliegen ernst nimmt und in die Planung integriert. Der Stadtrat ist nicht bereit, Millionen für ein Projekt auszugeben, welches nicht überzeugt und die Situation für den Veloverkehr verschlechtert. Der Unmut über die Bieler Velopolitik ist in der Bevölkerung und im Parlament über die Parteigrenzen hinweg gross. Einige Stadtratsmitglieder werden nicht zögern, die Rückweisung eines missratenen Projekts zu beantragen, auch wenn dadurch die Neugestaltung verzögert wird. Mit dem vorliegenden Vorstoss machen die Urhebenden den Gemeinderat frühzeitig auf Mängel aufmerksam, damit er diese noch in der Planungsphase korrigieren kann.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat wird die Anliegen des Postulats gerne prüfen. Inwiefern ihnen entsprochen werden kann, kann ich heute aber nicht beurteilen. Die heute vorliegende Planung und das Leitbild basieren auf fundierten Studien und es wird zu prüfen sein, welche Vorschläge in diesem Rahmen umgesetzt werden können. Das konkrete Projekt wird abschnittsweise geplant und vorgelegt. Der grösste Teil der Abschnitte ist in der Agglomerationsplanung

der vierten Generation enthalten, das heisst, die Realisierungsphase ist zwischen 2024 und 2028 geplant. Der Gemeinderat versteht das vorliegende Postulat als Fingerzeig, dessen Forderungen während der langen Planungszeit nicht zu vergessen. Er ist gespannt auf die Debatte, wenn die konkreten Projekte dem Stadtrat vorliegen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

143. Postulat 20200409, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «Biel wird zur Transportvelo-Stadt»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Epper Bettina, Grüne: Transportvelos sind für schwerere Einkäufe praktisch. Sie sind im Gegensatz zu einem Auto klein, machen keinen Lärm und benötigen weder Benzin noch Führerschein. Es spricht also alles dafür, den Gebrauch von Transportvelos zu fördern. Transportvelos sind zwar kleiner als Autos, beanspruchen aber mehr Platz als gewöhnliche Velos. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung: *«Hier besteht die Schwierigkeit darin, genügend Platz für das Parkieren relativ grosser Fahrzeuge zu schaffen, ...»* Ich würde in diesem Zusammenhang nicht von Schwierigkeiten sprechen, sondern von einer Notwendigkeit. Heute werden Transportvelos oft auf dem Trottoir abgestellt - wieder einmal haben die FussgängerInnen das Nachsehen. Mir ist nicht klar, worin die Schwierigkeit besteht, ausreichend Parkierungsmöglichkeiten zu schaffen. Warum nicht beispielsweise Oberflächenparkplätze für Autos neu zu Transportveloparkplätzen umgestalten? Schliesslich sind in den Parkhäusern ausreichend Autoparkplätze vorhanden. Warum nicht den TCS in die Pflicht nehmen? Sein Projekt «Carvelo2go» sorgt schliesslich bereits heute für eine höhere Zahl an Transportvelos. Das vorliegende Postulat ist meiner Meinung nach alles andere als erfüllt. **Ich beantrage deshalb, es nicht abzuschreiben.**

Bohnenblust Peter, FDP: Die Fraktion FDP unterstützt das vorliegende Postulat. Wir sind jedoch wie der Gemeinderat dafür, dieses abzuschreiben. Der TCS hat das Projekt «Carvelo2go» schweizweit erfolgreich eingeführt. Die Mobilität muss gesamthaft gefördert werden, zusammen mit motorisiertem Individualverkehr (MIV), öffentlichem Verkehr und Velo. Nur gemeinsam sind wir stark. Der TCS wurde vor 125 Jahren als Veloklub gegründet. Er versteht sich als Mobilitäts- und nicht als Automobilklub.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Voici un nouveau tome de l'histoire de *«Petzi au pays des vélos»*. Une fois de plus, il s'agit d'une petite guerre pour essayer d'enlever les voitures de la Ville. Je le dis pour la énième fois: une ville a besoin de différents moyens de transports. Il faut une cohabitation entre tous les usagers et toutes les usagères du territoire communal. Les vélos cargo sont une bonne chose, mais pourquoi toujours faire une parallèle entre le vélo et la voiture. Il est tout à fait possible d'avoir des places de stationnement pour des vélos cargo sur des places destinées aux voitures et de les faire payer le même tarif. Ce serait une possibilité, non? Le Groupe UDC/Les Confédérés va suivre la proposition du Conseil municipal et je vous prie d'en faire autant.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat sieht das Potential der Lastenvelos und die Gesamtmobilitätsstrategie sieht vor, die Transportvelos zu fördern. Es handelt sich also nicht nur um ein Lippenbekenntnis. Problematisch bleibt aber noch die Frage der Abstellplätze für diese Velos. Häufig sind in der Innenstadt neben den Veloabstellplätzen Parkplätze für Motorräder vorhanden. Diese bieten auch den Cargovelos genügend Platz. Heute sind in der Innenstadt nicht sehr viele Cargovelos unterwegs. Natürlich stellt sich dabei die Frage nach dem Huhn und dem Ei. Wären bei einer grösseren Anzahl Parkplätzen mehr Cargovelos unterwegs? Aber es ist heute nicht so, dass Cargovelos überall wild abgestellt werden und im Weg stehen. Ein Bedarf an zusätzlichen Parkplätzen für Cargovelos ist nicht festzustellen. Das Thema wird aber trotzdem weiterverfolgt. Beispielsweise werden beim Recyclinghof nachträglich Parkplätze für Cargovelos geschaffen. Gerade bei einem Recyclinghof sind diese sicherlich sinnvoll. Den Prüfauftrag des vorliegenden Vorstosses betrachtet der Gemeinderat als erfüllt und bittet Sie daher, das Postulat abzuschreiben.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Epper, das Postulat erheblich zu erklären aber nicht als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen. Das Postulat wird somit erheblich erklärt.

144. Postulat 20200411, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «Neues Regime beim Winterdienst»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 13)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Epper Bettina, Grüne: Zu Fuss gehen ist die wichtigste Fortbewegungsart in den Städten. Auch im Winter trifft dies zu, wenn viele das Auto oder Velo stehenlassen. Im Winter zu Fuss unterwegs zu sein, ist aber leider noch gefährlicher. Eine Auswertung der SUVA hält fest, dass jährlich 19'000 Stolperunfälle aufgrund von Schnee und Eisglätte passieren. Mit einer guten Schneeräumung könnte ein wesentlicher Anteil dieser Unfälle vermieden werden. Gemäss der Antwort des Gemeinderats werden im Winter zuerst die Hauptstrassen, Bahnhofzufahrten oder die Strassen zu den Spitälern vom Schnee befreit. Danach folgen die anderen Strassen und Velowege. Damit ist nicht nur das Gehen auf dem Trottoir wegen Rutschgefahr prekär, sondern auch das Überqueren der Strassen wird teilweise unmöglich, weil der Schnee von den Strassen an den Trottoirrand geschoben wird. Die dadurch entstehenden hohen Wälle sind zu Fuss nur schwer zu überwinden. Immerhin werden in Biel, wie der Gemeinderat schreibt, die Trottoirs bereits in zweiter Priorität geräumt. Ich bin deshalb mit der Abschreibung des Postulats einverstanden. Falls der Gemeinderat doch noch mehr für die Sicherheit der FussgängerInnen tun will, verweise ich an dieser Stelle gerne auf die Broschüre «Tipps für einen fussgängerfreundlichen Winterdienst» auf der Internetseite von «Fussverkehr Schweiz».

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat anerkennt, dass gerade für ältere Personen das Vorankommen im Winter erschwert ist. Ich möchte aber kurz darlegen, wie der Winterdienst organisiert ist und was die Einführung eines neuen wie im Postulat geforderten Räumungsregimes bedeuten würde. Bei Schneefall sind alle verfügbaren Kräfte des Winterdienstes im Einsatz. Die Mitarbeitenden von Werkhof und Stadtgärtnerei rücken auch mitten in der Nacht aus. Eine schnellere Räumung würde bedeuten, dass mehr Maschinen und Lastwagen gemietet werden müssten. Ein Versuch in Bern hat gezeigt, dass dies weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll ist.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

**145. Interpellation 20200368, Epper Bettina, Fraktion Grüne,
«Digitalisierungsstrategie»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 14)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Epper Bettina, Grüne: Ich bin von der Antwort des Gemeinderats befriedigt und sehr gespannt, wie die Digitalisierungsstrategie aussehen wird.

146. Überparteiliche Interpellation 20200413, Cadetg Leonhard, FDP (Gugger Reto, BDP, Gerber Andreas, FDP), «Winternutzung von Turnhallen durch Sportvereine»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 15)

Die Interpellanten sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Das Wort wird nicht verlangt. Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

147. Neueingänge

20210215	Dringliche Interpellation, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Cuixeres Manon, Fraktion SP/JUSO, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR	BEU
	Plastik wiederverwenden anstatt es zu vernichten – ja, aber nicht zu diesem Preis!	
	Interpellation urgente, Stolz Joseline, Groupe PSR, Cuixeres Manon, Groupe SP/JS, Torriani Latscha Isabelle, Groupe PSR, Moeschler Marie, Groupe PSR, Kilezi Ruth, Groupe PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Groupe PSR	TEE
	Réutiliser plutôt que détruire le plastique oui: mais, pas à ce prix!	
20210216	Überparteiliches Postulat, Scheuss Urs, Grüne, Tanner Anna, SP, Sprenger Titus, PAS, Stolz Joseline, PSR, Heiniger Peter, PdA	PRA
	AGGLOlac: Projektgesellschaft sistieren und « Runder Tisch » zum ehemaligen Expo-Gelände starten	
	Postulat interpartis, Scheuss Urs, Les Verts, Tanner Anna, SP, Sprenger Titus, PAS, Stolz Joseline, PSR, Heiniger Peter, POP	MAI
	AGGLOlac: suspendre la société de projet et lancer une «table ronde» concernant l'ancien site d'Expo.02	
20210217	Überparteiliche Motion, Schlup Nina, JUSO, Heiniger Peter, PdA	BEU
	Biel wird autofrei	
	Motion interpartis, Schlup Nina, JS, Heiniger Peter, POP	TEE
	Bienne devient une ville sans voitures	
20210218	Motion, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte	SRB
	Dringlichkeit nicht mehr überstürzen!	
	Motion , Hamdaoui Mohamed, Le Centre	BCV
	Ne plus confondre urgence et précipitation!	
20210219	Überparteiliches Postulat, Sprenger Titus, PAS, Tanner Anna, SP, Roth Myriam, Grüne, Tennenbaum Ruth, PAS, Moeschler Marie, PSR	PRA
	Prüfung der Einflussnahme für mehr Gleichstellung bei allen Beteiligungen und Auftragnehmenden der Stadt Biel	

	Postulat interpartis, Sprenger Titus, PAS, Tanner Anna, SP, Roth Myriam, Les Verts, Tennenbaum Ruth, PAS, Moeschler Marie, PSR	MAI
	Examiner l'influence de la Ville pour obtenir davantage d'égalité pour tous les mandataires et participations de la Ville	
20210220	Postulat, De Maddalena Daniela, Grüne	BEU
	Freie Parkplätze für HandwerkerInnen in der Innenstadt	
	Postulat , De Maddalena Daniela, Les Verts	TEE
	Places de stationnement libres pour artisans et artisanes au centre-ville	
20210221	Postulat, De Maddalena Daniela, Grüne	BKS
	Elektrofahrzeuge bei Schulbusersatz	
	Postulat , De Maddalena Daniela, Les Verts	FCS
	Recourir à des véhicules électriques lors du remplacement des bus scolaires	
20210222	Überparteiliches Postulat, Cadetg Leonhard, FDP, Suter Daniel, PRR	FID
	Die mittelfristige Entwicklung der Aufwände und Erträge aufzeigen	
	Postulat interpartis, Cadetg Leonhard, FDP, Suter Daniel, PRR	DFI
	Montrer l'évolution de revenus et charges à moyen terme	
20210223	Interpellation, Bohnenblust Peter, FDP	PRA
	Fragen zur offenen Abrechnung automatisches Veloverleihsystem mit einer Kreditüberschreitung von CHF 112'463 (Kredit von 2009)	
	Interpellation , Bohnenblust Peter, FDP	MAI
	Questions sur le décompte ouvert présentant un dépassement de crédit de 112'463 fr. (crédit de 2009) concernant le système automatique de partage de vélos	
20210224	Überparteiliche Interpellation, Augsburg-Brom Dana, parteilos, Heiniger Peter, PdA	PRA
	Abbruch der Projektplanung AGGLOLac gemäss Planungsvereinbarung	
	Interpellation interpartis, Augsburg-Brom Dana, parteilos, Heiniger Peter, POP	MAI
	Arrêt de la planification du projet AGGLOLac conforme à la convention de planification	

20210225	Interpellation, Bohnenblust Peter, Fraktion FDP	FID
	AGGLOLac : Rückblick und Ausblick nach dem Nein in den Parlamenten; ist Verkauf oder Tausch der Grundstücke an/mit Nidau eine Option?	
	Interpellation , Bohnenblust Peter, Groupe FDP	DFI
	AGGLOLac: bilan et perspectives après le «non» des parlements; est-il envisageable de vendre des terrains à Nidau ou de les échanger avec Nidau?	

Schluss der Sitzung / Fin de la séance: 23:00 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Flückiger Rita

Scheurer Nathalie

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane